

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

16. Sitzung
9. Januar 2023

Beginn: 09.04 Uhr
Schluss: 13.20 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Ahmadi (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU [0076](#)
InnSichO
Drucksache 19/0722
**Den Rettungsdienst der Berliner Feuerwehr aus der
Krise bringen! – Zweites Gesetz zur Änderung des
Rettungsdienstgesetzes**
- b) Antrag der Fraktion der FDP [0077](#)
InnSichO
Drucksache 19/0741
**Zweites Gesetz zur Änderung des
Rettungsdienstgesetzes**

- c) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0761
**Zweites Gesetz zur Änderung des
Rettungsdienstgesetzes**

[0078](#)
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Ich rufe auf

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Bilanz der Silvesternacht 2022/23 – was waren die
Ursachen für Feuerwerksmissbrauch und Angriffe
auf Einsatzkräfte?**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Silvesternacht in Berlin – welche Konsequenzen
zieht der Senat aus den bürgerkriegsähnlichen
Zuständen in Neukölln und anderen Bezirken?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Vorläufige Bilanz der Einsatzlagen von Polizei,
Feuerwehr und Rettungsdienst zum Jahreswechsel
2022/2023**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0079](#)
InnSichO

[0080](#)
InnSichO

[0081](#)
InnSichO

Wird die Erstellung eines Wortprotokolls gewünscht? – Ich sehe nur zustimmendes Nicken, dann verfahren wir so. Wird das Wort zur Begründung des Besprechungsbedarfs seitens der FDP-Fraktion gewünscht? – Herr Jotzo, bitte!

Björn Matthias Jotzo (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren, diese Silvesternacht war hochproblematisch, aber die nachfolgende politische Debatte auch. Nach den vorläufigen Zahlen – den jetzigen Stand werden wir gleich hören – hatten wir mindestens 41 verletzte Beamtinnen und Beamte und 15 verletzte Feuerwehrleute zu beklagen. Es gab 38 Angriffe auf Feuerwehrfahrzeuge, 145 festgenommene Personen und 281 Ermittlungsverfahren, darunter besonders schwere Fälle des Landfriedensbruchs, gefährliche Körperverletzung, Strafanzeigen wegen Pyrotechnik, Verstöße gegen das Waffengesetz, tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte und die Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel von Polizeidirektionen. Allen, vor allem den verletzten Polizeibeamtinnen und -beamten, den Mitarbeitenden der Berliner Feuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr gilt die Wertschätzung und die besondere Solidarität der FDP-Fraktion.

Im politischen Raum hatte ich eigentlich nach solchen Vorfällen eine ernsthafte Debatte erwartet, aber sie ist von mehreren Seiten verweigert worden. Der Feuerwehrverband hat ja zu Recht darauf hingewiesen, dass es schon 2018 zu ähnlichen Vorfällen an Silvester kam, und es ist auch so, dass es täglich Übergriffe auf Einsatzkräfte und auch zunehmend Übergriffe auf Rettungskräfte und die Feuerwehr gibt. Gerade in einigen Bereichen unserer Stadt sehen wir immer wieder Bedrohungen oder auch Gewalt gegen Feuerwehkräfte. Meine Erwartung, wie gesagt: Bubble-Diskussionen vermeiden. – Es kam aber ganz anders. Wir haben seitens der Koalition eine Alibidebatte gesehen. Dort wurde sofort das Böllerverbot ins Spiel gebracht, aber nicht nur berlinweit, sondern am besten gleich bundesweit, also: 84 Millionen Menschen das Böllern verbieten, um 500 Berliner Chaoten in den Griff zu bekommen. Da verwundert es nicht, dass das seitens der anderen Bundesländer nicht unbedingt auf ungeteilte Zustimmung gestoßen ist.

Das Problem, muss man ja doch sehen, ist, dass die Polizei in weiten Teilen der Koalition teilweise als Feindbild betrachtet wird, gerade Widerstand und Gewaltexzesse, beispielsweise bei Räumungen von Szeneobjekten, bei rechtswidrigen Protesten oder nach dem 1. Mai, werden entweder goutiert oder bagatellisiert. Das Resultat eines solchen Verhaltens ist doch, dass die Polizei verunsichert wird, gerade dort, wo eben ein robustes Vorgehen nötig wäre.

Herr Schrader von den Linken, Sie haben vorhin die Frage nach dem strukturellen Rassismus innerhalb der Polizei noch einmal aufgeworfen. Da kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Ihre linke Stadträtin in Neukölln Durchsuchungen in Szeneobjekten verunmöglicht, weil sie angeblich rassistisch motiviert seien, dann ist das einerseits absurd und trägt aber auch nicht zur Problemlösung gerade bei Clanstrukturen und den Problemen, mit denen wir es auch an Silvester zu tun hatten, bei. Jetzt wird von den Grünen eine Debatte geführt: Es seien ja gar nicht 145 Festnahmen wegen Gewalt gegen Einsatzkräfte, sondern nur 38 gewesen, und das seien zu zwei Dritteln Deutsche gewesen. – Was soll das? Macht das irgendetwas besser? – Nein!

Die CDU will die Sicherheitspolitik an Vornamen ausrichten; dass das keinen Erfolg haben kann, ist klar. Wir müssen, meine Damen und Herren, eine ehrliche Debatte führen. Wir haben in einigen Bezirken ein besonders großes Problem, und die soziodemografische Struktur wird zunehmend problematisch. Trotzdem ist es falsch, Migrantinnen und Migranten oder Menschen mit nichtdeutsch klingenden Namen zu kriminalisieren oder ihnen rechtswidriges Handeln zu unterstellen. Die meisten Migrantinnen und Migranten sind eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft, und wir brauchen sie dringend. Niemand leidet mehr unter den Taten von kriminellen Migrantinnen und Migranten als sie. Aber zur Wahrheit gehört eben auch dazu: Patriarchalische Strukturen gibt es, und es gibt auch Strukturen, wo die Annahme vorherrscht, Gewalt gegen Einsatzkräfte sei legitim. Dort brauchen wir eine konsequente Strafverfolgung statt nur Symbolpolitik, und es bedarf einer schnellen Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft. Dazu brauchen wir auch eine Justizverwaltung, die die Strafverfolgung nicht sabotiert, sondern endlich vorantreibt.

Aber es gibt bei der ganzen Frage auch etwas Positives, das hat Ahmad Mansour in einigen Interviews, die er gegeben hat, sehr eindrucksvoll ausgeführt: Viele dieser jungen Menschen mit heute problematischen Einstellungen sind erreichbar. Es ist möglich, diese Menschen abzuholen. Deswegen ist es wichtig, dass das Aufstiegsversprechen in unserer Stadt auch in Neukölln wieder gilt und auch wahrgenommen werden kann. Ich will zum Abschluss der

CDU-Fraktion noch mitgeben: Herr Mansour, der neue Integrationsexperte der FDP ist zwar mit Vornamen Ahmad gekennzeichnet, aber ich kann Ihnen versichern: Er ist sauber.

Ich freue mich jetzt auf den Bericht der Senatsverwaltung, insbesondere zur Gefährdungseinschätzung und zum Kräfteansatz. Waren genügend Kräften vorhanden, um gezielt zu agieren und zu reagieren? Das ist die Frage, die wir auf der Basis der Vorabgefährdungseinschätzung beantworten müssen. – Welche Rolle haben Hermannplatz und Sonnenallee bei dieser Einsatzplanung gespielt? Es war ja doch augenscheinlich, dass eine gewisse Zurückhaltung herrschte, wo man eigentlich anderes erwarten musste. – Mir ist außerdem bekannt geworden, dass um etwa 0.49 Uhr die Polizei der Feuerwehr mitgeteilt hat, dass Einsätze in der Lipschitzallee nicht stattfinden konnten, weil dort die Sicherheit der Feuerwehkräfte nicht mehr gewährleistet werden konnte. Mich würde interessieren, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist.

Letztlich Pyroverbotszone in der Pallasstraße: Es wurde zunächst von der Polizei bekannt gegeben, dass die gut funktioniert hätte. Augenzeugenberichten war jetzt zu entnehmen, dass in der Pallasstraße das Pyrotechnikverbot letztlich auch nicht mehr durchgesetzt werden konnte oder jedenfalls nicht mehr durchgesetzt wurde.

Und die abschließende Frage: Welche Mittel standen zur Beweissicherung zur Verfügung? Frau Polizeipräsidentin hat ja schon ausgeführt, wir haben die Beweissicherung und gegebenenfalls Festnahmeteams wahrscheinlich im Einsatz gehabt. Mich würde interessieren: Welche Technik hatten wir sonst vor Ort? Waren noch Fahrzeuge vorhanden, um beispielsweise diese Beobachtungen zu unterstützen? Und konnte die Beweissicherung so erfolgen, wie sie erforderlich gewesen wäre, oder in einigen Bereichen nicht?

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Jotzo! – Wird das Wort zur Begründung des Besprechungsbedarfs von der CDU-Fraktion gewünscht? – Herr Balzer, bitte!

Frank Balzer (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Erst mal möchte ich zum Ausdruck bringen, dass ich es sehr bedauerlich finde, dass wir zu diesem Tagesordnungspunkt keine Anhörung durchführen, so, wie die FDP-Fraktion das beantragt hat. Die CDU-Fraktion hat das natürlich unterstützt. Es ist von der Koalition abgelehnt worden. Ich bedaure das sehr, da ich zum Beispiel den Landesfeuerwehrverband gern dazu geladen hätte. Die Presseerklärung ist bekannt. Sie haben sich geäußert, dass sich bereits 2018 nach ähnlich brutalen Angriffen auf Rettungs- und Einsatzkräfte deutlich geäußert wurde. Was hat sich seitdem verbessert? Die Antwort des Landesfeuerwehrverbands: nichts. – Alle empörten sich damals zu Recht, aber die Politik hat seitdem nicht gehandelt. Auch ich hätte Herrn Professor Mansour heute gern hier gehabt, weil ich seine Ausführungen schon sehr zielführend, interessant und folgerichtig gefunden habe.

Die Situation der Ausschreitungen war in einem Umfang und einer Brutalität, die wir so bisher noch nie erlebt haben. Den 1. Mai der letzten zehn Jahre kann man da getrost als Kindergeburtstag bezeichnen. Wir haben eine Situation gehabt, in der Dutzende Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr und der Polizei in Lebensgefahr waren. Ich finde, dass die Innenverwaltung mit der Transparenz, die bei so einer Situation notwendig ist, nicht so umgeht, wie wir uns das wünschen und auch fordern. Deshalb haben wir einen Fragenkatalog mit 47 Fragen gestellt. Das sind sehr unterschiedliche Themenkomplexe gewesen. Da ging es auch um

die Vorbereitung, um die Personalstärke, wo ich auf die Antworten sehr gespannt bin, aber wir wollten auch konkret nach Personen fragen, weil wir der festen Überzeugung sind, die bisherige Politik, bestimmte Themen nicht anzusprechen, zu verschweigen oder zu relativieren, ist gescheitert. Von daher glauben wir, dass es nur weiterhilft, wenn wir Probleme konkret benennen und dann nach entsprechenden Lösungen suchen.

Wir haben reflexartige Situationen – und das ist ja in ganz vielen Zeitungskomentaren sehr gut ausgearbeitet worden –, und so war das auch jetzt: Wir fordern ein Böllerverbot, mehr Verbotszonen, Bodycams und schnellere Strafen. – Schnellere Strafen, ja, wenn es möglich wäre, gern. Die Justizsenatorin hat sich dazu schon geäußert. Beim Böllerverbot ist klar, dass das eine Bundesangelegenheit und kaum durchsetzbar ist. Mehr Verbotszonen, auch schön, die Polizei ist jetzt schon nicht in der Lage, die vorhandenen vernünftig zu bestreifen. Und bei Bodycams kann ich nur sagen: Sehr geehrte Frau Innensenatorin, hätten Sie seit fünf Jahren haben können, da ist aber nichts passiert. Wir dürfen nicht mehr verdrängen, wir müssen darüber reden, was sich in bestimmten Kiezen tut. Wenn ich höre, was der Sozialstadtrat von Neukölln seit Jahrzehnten, seit mindestens 15 Jahren sagt, der dort von Parallelgesellschaften spricht, die sich nicht an Recht halten, die die Polizei verachten, die sie bekämpfen, auch im alltäglichen Leben, glaube ich, dass wir nur weiterkommen, wenn wir das tatsächlich beherzigen.

Es ist doch ein schönes Beispiel, wie sich die Clankriminalität in Berlin entwickelt hat. Als das im größeren Stil begann, haben wir auch dort sehr zurückhaltend reagiert. Wir haben nicht stigmatisieren wollen, und wenn man es thematisiert hat, kam Sozialneid auf, weil dort Menschen mit Migrationshintergrund wirtschaftlich erfolgreich waren. Und so setzt sich das bis in die heutige Zeit fort. Dann, Frau Polizeipräsidentin – Sie haben es dargestellt, überzeugt haben Sie mich nicht –, ist es eine Empfehlung, wie zukünftig die Sprache bei der Polizei sein soll, dass man dann nicht mehr „südländisch“ sagen soll oder tatsächlich eine Nationalität benennt, sondern Menschen als „westasiatisch“ bezeichnet. Das ist schon – ohne Worte. Das passt in dieses Bild, das ich gerade versucht habe zu skizzieren. Wir wollen einfach nicht klar sprechen und die Probleme klar benennen.

Was die Motivation der Täter angeht, gab es ja auch interessante Kommentare in den Zeitungen, und ich finde, sie sind zutreffend. Wenn wir eine Situation haben, wo wir zum Beispiel im Innenausschuss vor einigen Sitzungen das Thema Rassismus in der Polizei diskutieren, wir ein Gutachten der TU haben, das feststellt, dass es keinen strukturellen Rassismus gibt, und trotzdem Vertreter der Koalition im Ausschuss nach draußen gehen und weiter verkünden: Wir haben bei der Berliner Polizei ein strukturelles Rassismusproblem –, dann ist das natürlich auch ein Punkt, wo man sich fragt, ob dann junge Menschen, die in unserer Gesellschaft nicht angekommen sind, die die Polizei nicht achten, sondern verachten, sich nicht motiviert fühlen, dann in einer Gruppe diese Angriffe zu starten. Das finde ich ausgesprochen schwierig. Und eine Frage, die sich die Koalition auch stellen muss, ist, wie sie damit umgeht – auch in ihren Reihen.

Ich bin auch der Meinung, dass das Beispiel in Neukölln meine Argumentation noch mal deutlich macht, dass eine linke Stadträtin dem Ordnungsamt untersagt, mit der Polizei gemeinsame Einsätze zu fahren. Das ist ein weiterer Punkt, wo man sich fragt: Ist hier die Ernsthaftigkeit da, oder wieder das Thema: Ja, wir wollen nicht stigmatisieren, nein, wir wollen nicht dieses oder jenes in den Vordergrund stellen? – Ich finde, dass Polizei und Ord-

nungsamt ja nicht aus Lust und Tollerei Kontrollen und Verbundeinsätze durchführen, sondern, dass es da Hinweise und Ansätze gibt. Aber das passt insgesamt nicht in das Bild, das wir hier mit der Koalition, der Regierung haben, dass man dort sehr zurückhaltend reagiert.

Ich kann nur appellieren und bitten, meine Fraktion wird es jedenfalls tun. Wir haben keine voreiligen Schlüsse gezogen, sondern wir wollen jetzt aufklären. – [Lachen bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN] – Wir wollen einen sehr umfangreichen Fragenkatalog – – [Tom Schreiber (SPD): Ein isolierter Sprecher!] – Frau Vorsitzende, kann ich ausreden, oder möchte Herr Schreiber ein bisschen zureden? – [Kurt Wansner (CDU): Herr Schreiber wird wieder unsicher!] –

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Reden Sie bitte! – [Tom Schreiber (SPD): Vielleicht kommt ja noch ein bisschen was mit Niveau und Inhalt!] – Herr Balzer hat immer noch das Wort. – Herr Balzer, bitte fahren Sie fort!

Frank Balzer (CDU): Das ist sehr nett von Ihnen, danke schön! – Jedenfalls bleibe ich dabei: Wir brauchen klare Ergebnisse und Fakten, um dann zu sehen, wie wir mit dem Problem, das wir in einzelnen Kiezen mit den Parallelgesellschaft haben, umgehen können, und das werden wir nicht heute, sondern in den nächsten Wochen und Monaten sehr dezidiert aufarbeiten. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Balzer! – Zur Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Koalitionsfraktionen meldet sich? – Herr Franco, bitte!

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank! – Wir diskutieren heute natürlich ein sehr ernsthaftes, aber auch sehr komplexes Thema. Zunächst möchte ich auch im Namen der Koalitionsfraktionen meinen Dank an die Einsatzkräfte der Polizei, der Feuerwehr, des Rettungsdienstes, der Hilfsorganisationen und auch in den Krankenhäusern, die in der Silvesternacht Dienst getan haben, ausdrücken. Wir haben die Situation, dass wir heute über viele komplexe Probleme reden müssen, aber seit Tag eins eine Debatte führen, die nicht an Fakten und an der Sachlage orientiert war, und dazu hat übrigens die CDU einen maßgeblichen Teil beigetragen. Es wurde auch eine Anhörung beantragt, und Sie wollen ja schon Herrn Mansour als Experten laden. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir bei jeder Innenausschusssitzung – und so auch heute – Vertreterinnen und Vertreter der Polizei und der Feuerwehr, nämlich die Behördenleitungen, hier haben. Selbstverständlich sind wir als Koalitionsfraktionen mit der Polizei und der Feuerwehr auch in dauerhaftem Austausch. Herr Schreiber war in der Silvesternacht und hat bei einer Einsatzhundertschaft hospitiert. Ich war mit unserer Fraktionsvorsitzenden Frau Gebel in den Leitstellen. Dort hat man Sie zumindest nicht gesehen. Also: Wir können heute gern eine sachliche Debatte führen, und zwar mit den Verantwortlichen von Senat, Polizei und Feuerwehr.

Was wir heute nicht machen werden, ist, eine Debatte über Vornamen zu führen. Das ist dieses Ausschusses auch nicht würdig. Deshalb lassen Sie uns hier heute versuchen, eine Sachdebatte zur Aufklärung der Ereignisse zu führen, damit sich solche Taten, auch die massiven Gewaltübergriffe, die es an Silvester gab, nicht wiederholen können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Franco! – Nun hat der Senat das Wort zur einleitenden Stellungnahme. – Frau Senatorin, bitte!

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Meine sehr verehrten Abgeordneten! Auch ich schließe mich natürlich dem hier schon sehr ausführlichen Dank an unsere Berliner Polizei, an die Feuerwehr und die Rettungskräfte an und hoffe, dass der Genesungszustand derjenigen, die Verletzungen davongetragen haben, sehr schnell wiederhergestellt ist. Trotzdem, und das hat Herr Homrighausen sehr eindrucksvoll gesagt, macht es natürlich etwas mit den Menschen, nämlich den Bürgern in Uniform.

Ich selbst war auch an dem Abend unterwegs, war als erstes in Lichtenberg, habe dort die Feuerwehr besucht, mir natürlich die Einsatzlage schildern lassen – Herr Homrighausen war mit dabei –, mir auch die Gegebenheiten angeschaut, weil wir da vor Ort an der Sanierungssituation und, und, und etwas tun müssen, da ich solche Möglichkeiten immer gleich dazu nutze, mit denjenigen vor Ort darüber zu sprechen, wie ihre Bedingungen sind. Ich war am Alexanderplatz, habe, so wie im letzten Jahr, auch die Alex-Wache besucht, mir die Situation angeschaut, war am Brandenburger Tor, habe dort mit den Einsatzkräften gesprochen, und war zum Schluss im Wedding in einem Abschnitt, wo ich mir auch die entsprechenden Bodycams angeschaut habe. Sie wissen, ich bin, was das betrifft, sehr viel unterwegs. Die Feuerwehr, um vielleicht jetzt mal ein paar Zahlen zu sagen, hatte 1 471 Kräfte von der Freiwilligen Feuerwehr und von der Berufsfeuerwehr unterwegs. Die Polizei hatte insgesamt 2 420 im Einsatz. Das waren die 1 281, die in der BAO sind, die also zusätzlich waren, und diejenigen, die über die 110 drin sind, das waren dann die 1 139.

Der Einsatzort, weil diese Fragen ja jetzt schon kamen, ist klares operatives Geschäft der Polizei. Als solches mische ich mich dort auch nicht ein. Ich muss mich darauf verlassen können, dass der Stab der Polizei die Einsatzkräfte plant und Einsatzorte mit der Gefahrenlage definiert; dazu wird die Polizeipräsidentin gleich etwas sagen. Was ich aber hier sagen möchte, und das ist ja nicht unbekannt: Ich bin nicht fünf Jahre, sondern genau ein Jahr Innensensorin. Ich habe vom ersten Tag an immer wieder gesagt, dass ich zu 100 Prozent zu meiner Berliner Feuerwehr und zu meiner Berliner Polizei stehe. Das wird, denke ich, niemand von Ihnen in irgendeiner Form infrage stellen. Ob das hier war, ob das im Innenausschuss war, ich habe das immer wieder betont. Dass Angriffe auf Feuerwehr, Rettungskräfte und Polizei in so einer massiven Aggressivität kommen, ist vollkommen inakzeptabel, und ich verurteile es aufs Schärfste. Ich werde alles, was in meinem Aufgabenbereich besteht, in meiner Verantwortung liegt, tun, um nicht nur, wie es hier schon gesagt worden ist – Sie haben es nicht gesagt, das wurde von anderen gesagt –, Sonntagsreden zu halten, sondern, Sie kennen mich, ich benenne nicht nur die Probleme, sondern auch die Lösungsansätze, und das möchte ich auch tun. Ich werde – und das ist jetzt nicht nur Wahlgeplänkel, sondern das habe ich auch schon Monate vorher gesagt – selbstverständlich das machen, was ich in Berlin machen kann. Das sind zum einen die Schutzausrüstungen. Selbstverständlich werden wir – und deshalb habe ich das vorhin auch gesagt – Bodycams in den Einsatz bringen müssen, und zwar mehr als diese 300. Wir müssen sie flächendeckend in den Einsatz bringen. Ob das jetzt 4 000 oder 3 800 oder in diesem Jahr noch 2 000 sind, müssen wir besprechen. Aber wir brauchen Bodycams zur Strafverfolgung. Wir brauchen sie. Diese Forderung ist nicht neu. Natürlich müssen wir trotzdem die Evaluierung machen – Sachverstand ist immer sehr wichtig –, dagegen habe ich auch nichts, aber ich denke, wir müssen den Mut haben, jetzt auch in die Umsetzung zu kommen und Bodycams in Größenordnungen anschaffen.

Das nächste, was die Feuerwehr neu reingebracht hat, waren die umgangssprachlichen Dashcams. Das sind die Kameras, die schon von der Polizei genutzt werden – auch dazu kann

etwas gesagt werden –, die vorn in den Autos angeschaltet werden und in einer gewissen Gefahrensituation, und auch nur bei Gefahrensituationen, angemacht werden können, um eine Eventuelsituation, Strafverfolgung, dann im Nachgang zu kennzeichnen. Herr Homrighausen hat diese Bitte geäußert, und ich werde selbstverständlich dieser Bitte nachkommen.

Verbotzonen, § 17 ASOG: Das ist eng gefasst, ich weiß das, aber auch das müssen wir uns anschauen. Das ist etwas, was wir in Berlin machen – das ist in der Diskussion ein bisschen durcheinandergelassen –, das heißt, Berlin kann auch Böllerverbotzonen verändern oder erweitern. Das wird eine der Auswertungen mit den Bezirken sein.

Trotzdem möchte ich noch einen weiteren Punkt ansprechen, der mir auch wichtig ist. Ich habe am Anfang gesagt, es macht etwas mit den Menschen, und das hat Herr Homrighausen als Erster in den Mund genommen. Die psychische Belastung bei der Feuerwehr und der Polizei in solchen Einsätzen erstreckt sich teilweise auch über 365 Tage. Es ist ja nicht nur an Silvester, dass Angriffe passieren, sondern, Herr Jotzo, Sie haben es völlig richtig gesagt, 365 Tage. Wir müssen uns darum kümmern. Deshalb müssen wir auch das Dienstunfallrecht den Gegebenheiten anpassen – dazu würde ich auch Herrn Homrighausen bitten –, das Dienstunfallrecht ist nicht mehr aktuell, denn auch die Kolleginnen und Kollegen, die Bürger in Uniform, ich sage es mal so, haben Familien und müssen damit umgehen, wenn sie massiv angegriffen werden. Auch das ist eine Sache, die wir in Berlin regeln können und regeln müssen. Im Übrigen ist das Dienstunfallrecht in Hamburg und Bremen schon ziemlich gut. Das müssen wir uns gemeinsam angucken, aber ich glaube, das ist überaltert, da müssen wir ran.

Ich habe gestern auch, da ich ja nicht nur die Innensenatorin sondern auch die Sportsenatorin bin, mit Thomas Härtel lange telefoniert. Es ist eine gesamtstädtische Aufgabe und ein gesamtgesellschaftliches Problem. Es ist nicht nur ein Problem der Innensenatorin, sondern wir müssen hier gesamtheitlich und ressortübergreifend rangehen. Wir müssen genau analysieren, warum wir einzelne junge Menschen nicht mehr kriegen, warum sie den Staat verachten und warum sie auch nicht versuchen, lernfähig zu sein. Ich möchte aber auch diese Jugendlichen, und das haben Sie, Herr Jotzo, gesagt, nicht aus dem Blick entfernen. Das ist wichtig. Da habe ich mit Herrn Härtel und dem Landessportbund, in dem ja viele Sportvereine sind, gesprochen. Auch da müssen wir ansetzen. Sportvereine sind ein Anker, vermitteln Werte und vermitteln, dass man auch mal verlieren kann, dass man aber insgesamt ein Werteverständnis haben muss, das andere Menschen achtet. Übermorgen wird es diesen Gipfel bei der Regierenden Bürgermeisterin geben, und da werde ich auch, was den Sport betrifft, selbstverständlich meinen Anteil leisten und leisten müssen. Wir müssen mit den Vereinen genau analysieren, welche Vereine in welchen Bezirken sind und wo wir rangehen können und müssen.

Ich habe vorhin so beiläufig mitgesagt, dass ich als Vorsitzende der Innenministerkonferenz die Aufgabe habe, mit den Innenministern darüber zu reden. Wir haben auch im letzten Jahr schon darüber geredet, was wir gesamtgesellschaftlich machen, um diejenigen zu schützen, die für uns jeden Tag die Sicherheit auf den Straßen, in Krankenhäusern und so weiter absichern. Was machen wir? – Ich habe deshalb die Flexibilisierung des Sprengstoffrechts vorgeschlagen. Auch ich habe natürlich gehört, dass es gleich Innenminister gab, die gesagt haben: Nein, auf keinen Fall Verbote für alle. – Das habe ich gar nicht gesagt. Ich habe gesagt: Flexibilisierung für die Bundesländer. Das heißt, dass jedes Bundesland selbst entscheiden kann, wie es damit umgehen will. Das heißt, das muss diskutiert werden, und dann wird es unsere gemeinsame Aufgabe auch hier im Hohen Haus und im Senat sein, wie wir mit der Möglichkeit einer flexibleren Umgestaltung in den Bundesländern umgehen. Das habe ich angeregt.

Die Verschärfung des Waffenrechts: Die Bundesinnenministerin hat es gesagt: Der Erwerb von Schreckschusswaffen und der dazugehörigen Munition sollte künftig an den Kleinen Waffenschein gekoppelt werden. – Das konnten wir leider noch nicht, ist Bundesrecht. Es ist

ein Irrtum zu glauben, ich hätte das als Innensenatorin schon im letzten Jahr machen können. Nein, konnte ich leider nicht, ist Bundesrecht, und die Bundesinnenministerin hat das klar formuliert. Sie wird das jetzt vorlegen. Ich hoffe sehr, dass es durch die Bundesregierung kommt, und wir werden uns darüber als Innenminister natürlich auch verständigen müssen. Das heißt, dass es eine Zuverlässigkeits- und Eignungsprüfung und einen Nachweis über die Erfordernisse geben muss, warum ich solch eine Schreckschusspistole brauche. Wenn jemand eine Schreckschusspistole vor den Kopf oder vor die Augen gesetzt wird, unterscheidet er in dem Augenblick nicht, ob es eine richtige Waffe oder eine Schreckschusswaffe ist. Erinnern Sie sich an die Videos, ich habe sie mir auch alle angeguckt, wo rechts und links ohne Ende geschossen worden ist! 30 Prozent derjenigen, die etwas in den unterschiedlichsten Formen bekommen haben, die selber auch Gliedmaßen verloren haben, waren nicht diejenigen, die eventuell unsachgemäßen Gebrauch gemacht haben, sondern sie sind mit den unterschiedlichsten Sachen beschossen worden. Deshalb muss es eine Verschärfung des Waffenrechts geben, und ich werde dort selbstverständlich die Bundesinnenministerin unterstützen.

Wir müssen uns die Täterstrukturen ansehen, völlig klar, wir müssen uns die Bezirke anschauen, aber wir müssen in der Kommunikation höllisch aufpassen. Ich habe mich in der letzten Woche mit arabischen und afghanischen Unternehmern getroffen und mit denen gesprochen, alles Leistungsträger unserer Gesellschaft, die unter Umständen selbst als Kinder nach Berlin gekommen sind. Die meisten von Ihnen kennen sie vielleicht sogar. Da waren Ärzte von der Charité, von Vivantes dabei, die selbst in Führungsrollen sind. Das sind Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Steuern zahlen, die Arbeitsplätze schaffen. Und deshalb müssen wir in der Kommunikation höllisch aufpassen, weil auch die das verurteilen. Das ist, wie gesagt, ein gesamtheitliches Problem, nicht nur ein Berliner Problem. Ich habe gesagt, dass sich damit der gesamte Senat, das Abgeordnetenhaus und auch die Bundesregierung und die anderen Bundesländer beschäftigen müssen. Denn nur auf Berlin zu zeigen, weil dort die meisten Videos aufgenommen worden sind, die dann auch gleich auf den entsprechenden Kanälen waren, ist zu einfach. Wir müssen uns in den Großstädten um die jungen Leuten kümmern. Wenn wir uns die Altersstruktur anschauen, ist das klar zu tun. Es ist nicht nur eine Aufgabe der Innensenatorin oder der Innenminister, sondern es ist eine Aufgabe von allen, auch hier vom Hohen Haus. Deshalb noch mal klar von mir: Alles das, was ich in Berlin machen kann, werde ich selbstverständlich tun. Darin bin ich auch mit meiner SPD-Fraktion sehr einig; die anderen Fraktionen müssen sich dazu entsprechend verhalten.

Wir haben gerade im Senat gemeinsam etwas beschlossen, was ich vorgeschlagen habe: das Rettungsdienstgesetz. Ich hoffe sehr, dass wir als Abgeordnete, gerade, wenn wir jetzt in die nächsten Haushaltsberatungen gehen, dass das Hohe Haus mich wieder – ich spreche jetzt für meinen Bereich – mit finanziellen Mitteln zusätzlich unterstützt. Alles, was ich gerade gesagt habe, ob das die Schutzausrüstungen sind, die ich benannt habe, dazu gehören natürlich noch die entsprechende Logistik und das entsprechende Personal – – Ich werde das auch morgen im Senat sehr deutlich ansprechen. Eine Vorlage dazu habe ich in den Senat eingebracht, und wir werden morgen im Beisein von Frau Slowik und Herrn Homrighausen darüber reden.

Ich weiß, ich habe jetzt etwas länger ausgeführt, aber es ist mir wichtig, dass das Hohe Haus weiß, dass ich mich vom ersten Tag meiner Amtszeit an nicht nur für die Polizei und die Feuerwehr eingesetzt habe, sondern im letzten Haushalt, gerade was Bodycams – – Ich spreche jetzt mal nicht von Tasern; das Problem, das wissen Sie, hat mit der Silvesternacht nichts zu tun, aber auch darum müssen wir uns kümmern und selbstverständlich auch mit den Kameras,

die wir für die Einsatzkräfte bei der Feuerwehr in die Feuerwehrautos reinbringen müssen. Ich weiß, ich habe jetzt nicht nur Erfreuliches geäußert, aber das ist meine Pflicht und meine Verantwortung als Innensenatorin, als Sportsenatorin und natürlich auch als Digitalisierungssenatorin. Dass ich zu dem stehe, was ich sage, habe ich, glaube ich, in diesem Hohen Haus schon mehr als genug bewiesen. – Danke schön!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Ist das noch eine ergänzende Wortmeldung?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Wir haben ja diese 47 Fragen. Ich würde denken, dass hierzu beide Stellung nehmen und ich dann zum Schluss noch mal zu den Fragen Stellung nehme, einzelne Fragen sind ja von der CDU-Fraktion auch an mich gerichtet worden, aber ich wollte jetzt erst mal einen allgemeinen Einsatz bringen. Das war mir sehr wichtig, und ich bedanke mich, dass ich dafür die Zeit bekommen habe!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Gut, Frau Senatorin, danke! – Die Frage war, ob jetzt Frau Polizeipräsidentin und Herr Landesbranddirektor noch mal Stellung nehmen. – Dann möchte ich Sie noch mal bitten, dass Sie sich kurz fassen. Wir haben in diesem Ausschuss nur noch 45 Minuten, und wir haben die Aussprache noch nicht eröffnet. – Frau Dr. Slowik, bitte, Sie haben das Wort!

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Das wird nicht ganz einfach werden, weil wir versucht haben, in dem Vortrag möglichst auch die Fragen zu beantworten. Deswegen wird es leider etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen. Es ist mir wichtig noch einen kurzen Vorsatz, wenn Sie mir den gestatten, zu machen. Ich habe auch noch Herrn Dessin als Leiter des Stabs der LPD mitgebracht, falls es weitere Fragen gibt. Zwei ganz kurze Vorsprüche: ein Vorspruch, da das in den Debatten durchaus immer hinterfragt wurde: Egal, wie dieser Einsatz bewertet wird, egal, wer ihn geplant, wer ihn geführt hat: Ich trage am Ende für diesen Einsatz die Verantwortung und stehe auch dazu – weil das immer wieder angemerkt und angezweifelt wurde –, daran gibt es überhaupt gar keinen Zweifel. Wie bei jeder polizeilichen Maßnahme in Berlin trage ich auch dafür die geschlossene und komplette Verantwortung.

Ganz kurz auch vorab, bevor wir auf die Fragen und zur Bilanz kommen, müssen wir zwei Dinge deutlich differenzieren. Beim Jahreswechsel 2022/2023 kam es in Nord-Neukölln und auch in anderen Bereichen unserer Stadt zu gewalttätigen Ausschreitungen in einer Qualität, die wirklich schockierend war, die aber aus meiner tiefen Überzeugung so weder erwartbar noch prognostizierbar war, nicht nur in Berlin, auch in Bonn, Duisburg, Essen, Bochum und Frankfurt am Main, wo ähnliche Eskalationen beobachtet wurden, bis hin zu Hinterhalten, die errichtet wurden und so weiter. Es gibt Beschreibungen, wenn ich der Berichterstattung glauben darf, auch aus diesen Städten. Das ist das eine.

Dass sich Lagen völlig unvorhergesehen entwickeln, ist ein Stück Alltagsgeschäft einer Polizei. Es war nicht prognostizierbar, es war nicht vorhersehbar – meine Überzeugung. Das gibt es in kleinen Lagen, das gibt es auch immer wieder bei größeren Lagen. Polizei muss dann, und das ist das Kerngeschäft von Polizei, in der Lage sein, schnell auf solche Situationen zu reagieren, indem sie Kräfte umgliedert; es wurde auch medial kritisiert, dass man Kräfte umgliedert. Auch das ist ein alltägliches Geschäft von Polizei. Wir wurden auch dafür kritisiert,

dass wir es nicht getan haben, es kamen Angriffe von beiden Seiten. Wir haben Kräfte umgliedert, dazu kann ich gern etwas sagen, und mit den Kräften und den Einsatzmitteln, die vor Ort sind, oder unter Hinzuziehung weiterer Einsatzmittel – auch das ist geschehen – dann die Situation bewältigt, wenn sie nicht vorhersehbar war. Das haben die Kollegen, glaube ich, getan. Das nur als Vorpruch, ich glaube, das sollte man deutlich differenzieren.

Ich werde nun in meinen folgenden Ausführungen versuchen, möglichst viele Fragen zu beantworten und mich wirklich knapp zu halten, aber es ist aufgrund der vielen Fragen nicht ganz einfach. Ein Teil betrifft das Thema: Wer konzipiert einen Einsatz? Wer ist eingebunden? Wie werden Kräfte geplant? – Sie kennen das alle, bei stadtweiten Lagen führt eine Direktion. Bereits im September, denn das ist der Vorlauf bei solchen Einsätzen, wurde durch die LPD entschieden, dass die Führungsverantwortung für den Jahreswechsel 2022/2023 bei der Direktion 1 liegen soll. Die einsatzführende Direktion – es ist völlig egal, welche das ist – richtet regelmäßig eine Besondere Aufbauorganisation ein, das heißt, eine Organisation auf Zeit zur Bewältigung eines konkreten Anlasses, die viele verschiedene Dienststellen und viele verschiedene Unterorganisation vorsieht. Diese BAO, wie wir es nennen, das hat Frau Senatorin schon ausgeführt, hat in der Silvesternacht circa 1 300 Kolleginnen und Kollegen aus Schutzpolizei und Kriminalpolizei umfasst. Grundlage – und das war ja heftige Diskussion der letzten Tage – der Bemessung der Zahl der eingesetzten Kräfte, die dann letztlich zwischen D 1 und der LPD abgestimmt wurde, ist stets eine Gefährdungsbewertung; und da vielleicht auch noch mal: Die Gefährdungsbewertung wird nicht irgendwie erstellt, die wird vom Landeskriminalamt von spezialisierten Kolleginnen und Kollegen erstellt, die alle offenen Erkenntnisse aus dem Internet, und nicht nur aus dem Internet, auch von anderen Dienststellen, von anderen Behörden, aus anderen Medien zusammenführen. Alles, was das Bild dessen, was beim Einsatz zu erwarten ist, irgendwie konkretisieren kann, wird dort professionell zusammengeführt und professionell kategorisiert bewertet; das ist bei jedem Einsatz Standard.

Auf der Grundlage einer solchen Gefährdungsbewertung wird geplant, welche Kräfte gebraucht werden, wie viele Kräfte gebraucht werden und welche Einsatzmittel, also auch die Frage – dazu komme ich gleich noch –: Wasserwerfer – ja, nein? Das wird dann alles auf der Grundlage einer solchen Gefährdungsbewertung ermittelt. Auch wichtig und, glaube ich, nicht unbedingt so bekannt: Diese Gefährdungsbewertung wird auch im Einsatz fortgeschrieben. Alle Erkenntnisse – und es gab auch eine Erkenntnis in dieser Nacht, auch zu einem Aufruf zu Gewalttätigkeiten – werden aufgenommen und dann sofort in die Steuerung der Kräfte umgesetzt beziehungsweise auch in die Hinzuziehung von Einsatzmitteln wie einem Wasserwerfer sofort umgesetzt.

Vor diesem Hintergrund hat man in der Planung dieses Einsatzes drei große polizeiliche Schwerpunkte vorab erkannt: Den Schutz der Veranstaltung am Pariser Platz sowie der sogenannten, jetzt mal salopp formuliert, Knast-Demo, die alljährlich stattfindet, den Schutz der Pyroverbotszonen und insbesondere, und hier lag der planerische Schwerpunkt, den stadtweiten Raumschutz. Das heißt, im Stadtgebiet verteilt sind Einsatzkräfte unterwegs, die bestreifen, die unterwegs sind, um gegebenenfalls Funkwagen zu unterstützen oder auch Kollegen der Feuerwehr zu unterstützen. Das ist Raumschutz. Darauf lag der planerische Schwerpunkt. Dafür waren, das hat Frau Senatorin schon gesagt, 1 300 Kräfte in der Besonderen Aufbauorganisation. Wir haben die Funkwagen mit ungefähr 1 150 Kräften personell massiv aufgestockt, deutlich aufgestockt, die AAO, und, was bei uns eigentlich auch zum täglichen Business gehört, wir wussten von 400 Kollegen der Bundespolizei, die ebenfalls im Raum, an den

Bahnhöfen Hauptbahnhof, Friedrichstraße und so weiter waren, wo sie stets sind. Wir haben stets und ständig eine ganz enge kooperative Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, die unendlich gut ist, sodass wir für diese Nacht insgesamt knapp 3 000 Kräfte im Raum hatten. Mehr ist immer gut, mehr hilft immer, aber für das, was im Vorhinein zu erkennen war, war das angemessen.

Sie können jetzt verschiedene Zahlen vergleichen. Kräftestunden: Im Groben, kann man sagen, haben wir 11 700 Einsatzkräftestunden der Polizei in dieser Nacht verwendet. In der für uns in der Analyse vergleichbaren Vor-Corona-Silvesternacht waren es 9 500 Einsatzkräftestunden. Und natürlich hatten wir bei der Planung im Kopf, dass nach dieser Coronazeit mehr Menschen auf die Straße gehen. Das war natürlich auch Teil der Kräftebewertung. Aber Vergleiche sind immer ganz schwierig und komplex. Nur noch ein Aspekt im Hinblick auf Vergleiche mit Vorjahren – ich würde ohnehin die Coronajahre aus vielen Gründen nicht vergleichen wollen, da hatten wir aus anderen Gründen 52 einzelne Verbotszonen –, wenn man mit Vor-Corona, mit 2019 und 2020, vergleichen möchte, bitte nicht vergessen: Da gab es große Silvesterveranstaltungen, die auch viele Kräfte gebunden haben. – Vielleicht das mal dazu.

Als Behördenleiterin war ich natürlich bei kritischen Einsatzlagen immer in die Planung eingebunden, natürlich, das ist auch mein Anspruch. Im tatsächlichen Einsatzgeschehen – und nur so funktioniert Polizei – gibt es nur einen, der Entscheidungen abschließend trifft, und das ist in dem Fall die Polizeiführerin, sonst der Polizeiführer. Nur so funktioniert Polizei. Diese hat den Überblick über die konkrete Situation in allen nachgeordneten Einsatzabschnitten. Wenn es mir erlaubt ist, dazu einen kleinen Sidestep: Einzelne Kolleginnen und Kollegen, die wirklich, das sehe ich auch so, um ihr Leben gebangt haben, die massiv bedroht waren, haben nicht diesen Überblick. Natürlich gehen wir mit denen ins Gespräch, aber sie haben nicht den Überblick, den man in einer Befehlsstelle hat – das kann man nicht haben –, wo permanent die Situation analysiert und genau abgeleitet wird.

Wenn es gewünscht ist, kann ich etwas zur Umgliederung sagen. Es war Thema, das vor dem Reichstag nicht umgegliedert wurde und so weiter. Dazu kann ich etwas sagen, wenn es interessiert. Das trifft nicht zu, natürlich wurden Kräfte vom Reichstag und vom Stelenfeld nach Neukölln umgegliedert.

Vielleicht ganz kurz zur Schadensbilanz: Nach jetzigem Stand haben wir 49 registrierte Angriffe auf Polizeidienstkräfte, das heißt, Lebenssachverhalte mit Angriffen, 37 Tatverdächtige und aus diesen Lebenssachverhalten über 100 Strafanzeigen. Von der Feuerwehr haben wir bisher 53 Strafanzeigen, aber da kann Herr Homrighausen sicherlich noch konkretisieren. Wir haben insbesondere im Zeitraum von 23 Uhr bis 2.30 Uhr diese massiven Angriffe auf die Polizei gesehen, das Bewerfen, das Verbringen von Hindernissen – Barrikaden sind für uns polizeilich ein bisschen was anderes –, es waren Hindernisse, die auf die Straße gebracht wurden; genauso schlimm, genauso furchtbar, weil damit Hinterhalte entstanden sind.

Wie gesagt, ich kann noch etwas zum Eingliedern sagen. Wir haben insgesamt, vielleicht auch noch interessant, vom 31. Dezember 17 Uhr bis 1. Januar 6 Uhr morgens 1 356 Einsätze erfasst, bei denen die Berliner Feuerwehr die Unterstützung der Polizei angefordert hat. Wir haben nahezu jeden Einsatz der Feuerwehr unterstützt. Die, die wir nicht unterstützen konnten, sind genau die, über die wir jetzt natürlich auch zu reden haben. Unterstützt haben wir im

Kern alle. Wie schnell Einsatzkräfte dann zur Unterstützung rankommen, ist davon abhängig, wo sie gerade sind und was es sonst noch für Prioritäten gibt.

Eine verzögerte Behandlung, auch das war eine Frage, von Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr oder der Polizei oder natürlich auch von Menschen in der Stadt durch Angriffe von solchen Störern können wir nicht verzeichnen. Auch der Kollege mit den Verbrennungen – diese entsetzlichen Bilder mit der Pyro unterm Helm haben alle im Kopf – wurde von seinen eigenen Kräften sofort ins Krankenhaus nach Neukölln verbracht. Die Polizeisanitäter waren aber auch im Umfeld.

Wasserwerfer, vielleicht auch noch ganz kurz, weil das auch ein Thema ist, das immer wieder medial aufgegriffen wurde, wieso wurde der Wasserwerfer nicht eingesetzt, um hier gegen diese Angreifer vorzugehen? – Der Wasserwerfer war in Bereitschaft, wurde auch hinzugezogen. Generell ist ein Wasserwerfer sinnvoll, wenn ich eine große Menschenansammlung habe, die sich der Polizei manifest gegenüberstellt. Wir haben in dieser Nacht viele kleine Gruppen gesehen, manchmal haben sie sich zu 100, 150 angesammelt, dann sind sie wieder diffundiert. Menschen, die sich in den Straßen schnell bewegen, die sich in ihre Häuser zurückziehen – in Teilen war es so, dass man im eigenen Wohnumfeld diese Angriffe gestartet hat –, die sich in kleine Gruppen separieren und in die Seitengassen hineinrennen, sind für einen Wasserwerfereinsatz in der Art und Weise, wie sich den manche vielleicht vorstellen, nicht geeignet. Das will ich auch noch kurz sagen.

Zu den Verletzten – ich glaube, das ist schon deutlich geworden, Sie, Herr Jotzo, haben es auch schon gesagt –: 47 verletzte Dienstkräfte der Polizei, 14 mussten ambulant behandelt werden, 5 traten vom Dienst ab, 42 verblieben im Dienst. Sie kennen die beiden ganz zuge-spitzten Fälle, das war die Pyrotechnik unter dem Helm und die Verletzung des Kollegen, weil eine Schreckschusswaffe unmittelbar aufgesetzt wurde, die Bilder sind auch medial geworden. Das war wirklich die Spitze. Ansonsten hatten wir Knalltraumata, Prellungen, Stau-chungen, vieles mehr, darüber könnte ich Aussage geben, wenn es gewollt ist. Entscheidend, und da sind wir uns völlig einig, sind natürlich die psychischen Folgen des Einsatzes. Eine Reform des Dienstunfallrechtes wurde auch von uns immer wieder thematisiert. Es gibt auch Vorschläge zu entsprechenden Änderungen. Die Polizei Berlin hat Einsatznachsorgeteams in Rufbereitschaft. Wir haben schon vor längerer Zeit Einsatznachsorgeteams eingerichtet. Diese sind auf die Kolleginnen und Kollegen proaktiv zugegangen. Wir haben bis zum 6. Januar bereits mit 31 Kolleginnen und Kollegen intensive Gespräche geführt, und andere Gespräche sind vereinbart.

Wenn ich noch darf – ein letzter Punkt, den man nicht aus der Welt bekommt, es wurde immer wieder thematisiert: Wir haben 145 Tatverdächtige festgenommen, wie kann es sein, dass die alle schon wieder auf freiem Fuß sind? – Ich will doch noch mal klarstellen: Diese Festnahmen, die wir tätigen, dienen regelmäßig der Identitätsfeststellung, je nach Straftat, die vorgeworfen wird, natürlich auch der Erhebung von Fingerabdrücken oder Fotos, und dann setzen wir die Menschen wieder auf freien Fuß. Es gibt nur sehr eingeschränkt Gründe, an-sonsten Menschen in Gewahrsam zu halten. Das Thema Anschlussgewahrsam ist, glaube ich, mittlerweile allen bekannt: wenn unmittelbar weitere Straftaten drohen. Da die Silvesternacht vorbei war, war das erst mal keine konkrete Gefahr. Ansonsten gibt es drei Gründe für Haft-befehle, die eigentlich hinlänglich bekannt sind. Es erstaunt mich manchmal, wie wenig sie vielleicht doch bekannt sind. Das ist einmal die Fluchtgefahr – die nur dann gegeben ist, wenn

leicht lösliche Wohnverhältnisse oder fehlende soziale Bindungen wirklich nachgewiesen werden können –, die Verdunkelungsgefahr – Vernichtung und Veränderung von Beweismitteln, das war in dieser Nacht eigentlich auch nicht der Fall, konnte man nicht erkennen –, oder dann wirklich die Schwere der Tat, dabei reden wir aber von wirklichen schwersten Verbrechen; das führt dann auch zu einer sofortigen Verhaftung, aber immer nur, wenn es ein entsprechender Richter anordnet. Die Polizei kann beim Richter vorführen, der Richter entscheidet auf diesen rechtlichen Grundlagen.

Ich denke, ich mache an dieser Stelle jetzt einfach mal einen Punkt und stehe aber natürlich für viele andere Fragen, die hier noch gestellt werden, gern bereit.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank! – Herr Dr. Homrighausen, Sie haben das Wort!

Dr. Karsten Homrighausen (Landesbranddirektor): Ich möchte das gern um die Planungen bei der Berliner Feuerwehr ergänzen. Wir haben uns an den Ereignissen in den Silvesternächten vor den Einschränkungen der Coronapandemie orientiert, sind genauso gestartet und haben im Endeffekt eine Vielzahl von zusätzlichen Einsatzmitteln in den Dienst genommen. Zusätzliche Einsatzmittel des Rettungsdienstes: Wir haben zusätzliche RTW im Dienst gehabt, wir haben festbesetzte GW-San im Dienst gehabt, wir haben zusätzliche Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeuge im Dienst gehabt, wir haben zusätzliche Führungsdienste auch über die Nacht entsprechend eingerichtet und wir sind in der Leitstelle mit einem fast dreifachen Personalansatz unterwegs gewesen.

Wir haben einen Stab Feuerwehr eingerichtet und hatten im Endeffekt mit 1 471 Einsatzkräften, die Frau Senatorin hat es ausgeführt, die vorhandenen Einsatzkräfte einer normalen Nacht fast verdreifacht. Es ist mir wichtig, auch noch mal deutlich zu machen, dass wir mit so ungefähr 650 Einsatzkräften auch Einsatzkräfte des Ehrenamtes bei uns hatten. Das sind nicht nur Angehörige der Freiwillige Feuerwehr, sondern auch Angehörige des Technischen Hilfswerks und der Hilfsorganisationen, denen natürlich ein ganz besonderer Dank gilt, dass sie bereit sind, an einem derartigen Tag ihre Freizeit für die Sicherheit der Menschen in Berlin zu investieren. Umso mehr ärgert mich dann natürlich auch das, was wir an Phänomenen in der Nacht beobachten mussten.

Wir haben dann wie immer das Briefing, eine Einweisung, mit all den Führungskräften gemacht, wie der Raum geordnet ist, was die taktischen Ziele der Berliner Feuerwehr sind, aber auch, wie wir uns bei Angriffen verhalten wollen und wie wir diese Angriffe melden. Wir haben planbar zwischen 19 Uhr und 6 Uhr den Ausnahmezustand Silvester ausgerufen, sind dann in die Lage gegangen und haben festgestellt, dass wir hier eine völlig neue Dimension der Angriffe erleben mussten. Ich will mal zwei Angriffe schildern, damit Sie das auch nachvollziehen können. Den einen kennen Sie aus den Medien, das ist der Feuerlöscher, der auf einen RTW geworfen wurde, der übrigens auf der Fahrt in ein Krankenhaus mit einer Patientin im Behandlungsraum war; das muss man sich mal vorstellen! Das zweite Ereignis, für uns eine Qualität der neuen Dimension, das gerade das Ehrenamt, die Freiwillige Feuerwehr, geschildert hat, war die Tatsache, dass mit einem Löschfahrzeug auf ein brennendes Hindernis gefahren wurde, dort angehalten wurde, und dann von rechts und links eine Gruppe aus mehreren Personen verummumt auf dieses Löschfahrzeug zugerannt gekommen ist, teilweise die Rolläden aufgemacht hat und dann an dieser Stelle versucht hat, das Fahrzeug zu plündern. Das sind völlig neue Dimensionen, die wir so noch nicht kannten und noch nicht erlebt haben.

Wir haben bei uns im Meldeverfahren insgesamt 69 Angriffe, von denen 53 schon zur Anzeige gebracht worden sind. Das läuft immer noch ein Stück weit nach, weil wir mit den ehrenamtlichen Kräften und den befreundeten Organisationen noch etwas Zeit brauchen, um das dann in das Verfahren entsprechend einzubringen. Wir haben an insgesamt elf Fahrzeugen Sachschäden, zum jetzigen Zeitpunkt durch unsere eigenen Leute in der Größenordnung zwischen 26 000 Euro und 30 000 Euro kurz quantifiziert. Ich gehe davon aus, die Summe wird weiter steigen, insbesondere, wenn sich auch Sachverständige diese Schäden ansehen, die dann zur Reparatur anstehen. Reparatur ist das eine, das zweite sind natürlich Ausfallzeiten auch von Einsatzmitteln, die mit einer Reparatur verbunden sind.

Aber viel wichtiger ist mir das, was gerade eben angesprochen worden ist, nämlich, was an Schäden an der Seele unserer Einsatzkräfte, an der Psyche zurückbleibt. Insofern ist es unheimlich wichtig, auch das Thema Fürsorge ein Stück weit in den Blick zu nehmen. Ich bin der Senatorin für die Aussage dankbar, das Dienstunfallrecht den Gegebenheiten anzupassen. Das Dienstunfallrecht ist in der jetzigen Ausgestaltung von einem singulären Ereignis abhängig, und wir alle wissen, dass traumatische Belastungen und daraus resultierende Belastungsstörungen oftmals eine Summe von Ereignissen über einen langen Zeitraum ist, ob das zehn Jahre oder 15 Jahre sind. Das ist in dem derzeit in Berlin gültigen Dienstunfallrecht leider so noch nicht abgebildet. Insofern recht herzlichen Dank, das ist ein gutes Signal an die Einsatzkräfte der Berliner Feuerwehr, aber auch der anderen Einrichtungen und auch der Polizei!

Wir hatten in dem 11-Stunden-Zeitraum zwischen 19 Uhr und 6 Uhr morgens insgesamt 1 700 Einsätze zu verzeichnen, insgesamt rund 750 Brände. Das ist eine Anzahl von Bränden, die wir sonst in einem ganzen Monat nicht bewältigen, und ich glaube, man kann deutlich erkennen, dass das in einem Zusammenhang mit den Ereignissen, mit dieser Nacht, mit den Dingen, die in dieser Nacht teilweise gelaufen sind, steht. Wir haben größere Brände in der Urbanstraße gehabt, einen großen Brand in Neukölln gehabt. Wir waren in Lichtenrade, aber auch in Alt-Hohenschönhausen und in Britz unterwegs; nur, damit Sie sich mal eine Vorstellung machen können, wie oft wir in dieser Nacht bei Großbränden unterwegs waren.

Im Sinne des Debriefings und der Fürsorge sind wir auch mit unserem Einsatzkräftenachsorgeteam von Anfang an unterwegs. Wir werden morgen eine zentrale Veranstaltung durchführen, wo wir genau dieses Angebot noch mal erneuern und auch die verschiedenen Facetten und Module dieses Einsatzkräftenachsobereichs darlegen. Für morgen Abend ist auch ein Gottesdienst bei uns in der Nähe geplant, nämlich in der Kirche am Alexanderplatz.

Sie sehen also, es sind Dinge, die sich aus unserer Sicht nicht wiederholen dürfen, das hatte ich ja schon an vielen Stellen gesagt. Es ist insofern richtig, die Prozesse in den Blick zu nehmen, angefangen bei der Prävention, der Wertevermittlung in Kindergärten und in Schulen, bis hin zu den Prozessen der Repression, Strafverfolgung, aber auch das Thema Dienstunfallrecht und Fürsorge.

Erlauben Sie mir abschließend noch die folgende Bemerkung: Ich habe von einer Vielzahl von Einsätzen während dieses Jahreswechsels berichtet; Einsätze, die bereits offensichtlich und unmittelbar durch Feuerwerk und Pyrotechnik ausgelöst worden sind; Einsätze, die aber auch in ihrer Vielzahl und Häufigkeit, das hatte ich gerade eben ausgeführt, in dieser einen Nacht auch mittelbar mit diesem besonderen Ereignis, dem Jahreswechsel und der als Tradition bezeichneten schier ungehemmten Böllerei aus meiner Sicht als Feuerwehrmann in Verbindung stehen; Einsätze, die abgetrennte Gliedmaßen, Augenschäden, Knalltraumata ebenso umfassen wie Balkon- oder ausgedehnte Zimmer- oder Wohnungsbrände – alles Einsätze, bei denen wir als zuständige Behörde und als Einsatzkräfte mit teilweise unerträglichem Leid unserer Mitmenschen konfrontiert worden sind. Insofern sind das Einsätze, die aus meiner Sicht durch unachtsamen oder stellenweise leider auch mutwilligen Umgang mit Feuerwerk und Pyrotechnik ausgelöst und zu beklagen waren. Somit war jeder einzelne dieser Einsätze vermeidbar, und jeder dieser Einsätze war einer zu viel. Ich bin der Auffassung, Feuerwerk und Pyrotechnik gehören mindestens in fachkundige Hände; und als Feuerwehrchef meine ich, es ist nun an der Zeit, diese genannte Tradition zu überwinden. – Recht herzlichen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Dr. Homrighausen! – Bevor wir zur Aussprache kommen – wir haben schon jetzt eine richtig lange Redeliste –, habe ich präventiv nachgefragt, ob wir die Sitzung noch verlängern können, ob wir den Raum noch länger behalten können und schlage Ihnen vor, dass wir bis maximal 13 Uhr, aber bis zum Ende dieses Tagesordnungspunkts, die Sitzung verlängern und alles andere, was auf der Tagesordnung steht, dann vertagen. Erkenne ich hier Einvernehmen? – Ich sehe keinen Widerspruch, dann machen wir das so: bis maximal 13 Uhr, aber bis zum Ende dieses Tagesordnungspunkts. Ich eröffne jetzt die Aussprache. Als Erster hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Franco das Wort!

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verurteilen die Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte in der Silvesternacht aufs Schärfste. Ich kann es nicht nachvollziehen, wie gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Feuerwehr, Rettungsdienst und Hilfsorganisationen, also die Menschen, die anderen Menschen Hilfe leisten, so schamlos angegriffen werden. Wir wissen, dass darauf Strafen stehen und Strafen folgen werden. Es sind für Angriffe auf Rettungskräfte auch Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren möglich, und dabei sind die Straftatbestände von gefährlicher Körperverletzung oder anderen schwerwiegenden Delikten noch gar nicht umfasst. Leider haben wir aber auch seit dem ersten Tag nach der Silvesternacht eine unterirdische Debatte erlebt, in der Vorverurteilungen und rassistische Ressentiments, auch von Parteien aus diesem Hause, die Regel waren. Das hat der Debatte definitiv nicht gut getan.

Ich möchte auf vier Punkte eingehen, die aus meiner Sicht essenziell sind. Zum einen müssen wir natürlich die Taten jetzt aufklären und verfolgen: Wer hat welche Taten mit welchem Motiv begangen? Frau Slowik hat das sehr eindrücklich geschildert, denn, wenn jemand in den letzten Tagen sachlich war, dann war es die Polizei und die Arbeit, die sie leistet. Dafür danke ich Ihnen und auch für die Schilderungen, die jetzt auch noch mal beweisen, Polizei und Staatsanwaltschaften werden da nicht locker lassen, sondern dem nachgehen.

Leider hat sich die CDU in dem ganzen Kontext von der Sachdebatte längst verabschiedet. Sie macht stattdessen lieber Wahlkampf am rechten Rand. Ich bin froh, dass die CDU gerade in dieser Situation keine Verantwortung für die Sicherheit in dieser Stadt trägt. Sie fordern auf Ihre Frage nach den Vornamen plötzlich passgenaue Antworten. Ich finde, dafür sollten Sie sich schämen. Sie befeuern einen rassistischen Diskurs, und wenn Sie es nicht glauben, dass Sie das befeuern, schicke ich Ihnen gern E-Mails von Ihren Unterstützerinnen und Unterstützern, die mir in den letzten Tagen geschrieben haben.

Zweiter Punkt ist, Frau Spranger hat es angesprochen, die Regulierung von Schreckschusspistolen. Da möchte ich die Polizei fragen: Mir wurde jetzt im Nachhinein berichtet, dass sich im Vorfeld an unzähligen Waffengeschäften in dieser Stadt Schlangen gebildet haben, um genau diese Schreckschusswaffen zu erwerben. Inwiefern war das der Polizei auch schon bekannt? – Nichtsdestotrotz zeigt das, dass jetzt eine Regulierung überfällig ist, und zwar ab Erwerb an. Da ist es ja nett, dass Sie, Herr Jotzo von der FDP, hier Eingangsschilderungen zur Situationsbeschreibung machen, aber im Bund weiterhin eine Reform des Waffenrechts blockieren. Da sollten Sie sich an die eigene Nase fassen.

Ähnliches sehen wir bei der Frage des Böllerverbots. Das sei jetzt irgendwie Aktionismus und hätte doch nichts mit der Debatte zu tun. Ich glaube, wenn Sie sich mal wirklich die Fakten anschauen würden, dann würden Sie sehen, dass Sie irren. Es ist ja nicht nur so, dass das Böllerverbot jetzt keine neue Idee ist, Frau Kapek fordert das, glaube ich, schon seit 2016, und es ist nicht nur richtig, weil es Tier, Umwelt und Menschen schützt, also auch Passantinnen oder Leute in dieser Stadt, die keine Rettungskräfte sind, aber genauso Verletzungen durch Böller erlitten haben, und diese Verletzungen teilweise auch nicht mehr verheilen werden. Wir sehen, die meisten Verletzungen bei Rettungskräften waren Knalltraumata, verursacht durch Böller. Wir sehen auch heute Nacht wieder im Nachgang, dass die Berliner Feuerwehr angegriffen worden ist, aus einem Mehrfamilienhaus werden auf die Rettungswagen Böller geschmissen. Wir sehen auch, dass in den letzten zwei Jahren, in denen wir ein coronabedingtes

Verkaufsverbot hatten, die Angriffe auf Rettungskräfte massiv heruntergegangen sind. Herr Homrighausen hat einen ganz wichtigen Punkt angesprochen. – [Zurufe] –

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Ganz kleinen Moment, Herr Franco, bitte entschuldigen Sie die Unterbrechung! Ich möchte die Herren bitten, etwas leiser zu sprechen oder die Gespräche nach außen zu verlagern. – Bitte fahren Sie fort!

Vasili Franco (GRÜNE): Es wundert mich jetzt nicht, dass bei tatsächlichen Antworten, wie man Rettungskräfte besser schützen kann, die CDU nicht zuhören möchte. Aber ich möchte noch auf einen Punkt bei der Frage um das Böllerverbot eingehen, den Herr Homrighausen genannt hat: 750 Brände in einer Nacht, die meisten durch Pyrotechnik verursacht. Warum wollen wir das hinnehmen? Warum wollen wir das nicht verhindern? Das wäre konsequent, und ich kann auch hier noch mal appellieren: Der Berliner Senat hat eine Bundesratsinitiative eingebracht, um das Sprengstoffrecht hier anzupassen. Da sollte der ideologische Widerstand, den es jetzt auch noch in vielen anderen Bundesländern gibt, aber auch hier bei der Opposition, endlich enden. Ganz ehrlich, diese ganze Debatte um die Böllerverbotseinschränkungen erinnert mich an die ideologisch aufgeladene Waffendebatte in den USA. Dort heißt es: Guns don't harm people, people harm people. – Aber wir alle wissen: Wenn man den Menschen die Möglichkeit gibt, dann sehen wir genau das, was in der Silvesternacht passiert ist, es wird ausgenutzt, und wenn wir das verhindern können, dann sollten wir es auch verhindern.

Der vierte Punkt sind die Gewaltexzesse, die es definitiv gab. Die sind aus Gruppendynamiken heraus entstanden. Wir reden hier auch nicht von neuen Phänomenen und nicht von Phänomenen, die nur in Berlin stattgefunden haben. Wir haben das auch schon in Vorjahren gesehen, zum Beispiel in Stuttgart oder jetzt in der Silvesternacht in Sachsen, verbunden auch noch mit „Sieg Heil“-Rufen. Da hätten wir auch genügend zu diskutieren, warum so etwas passieren kann. Wir müssen aber natürlich die Quartiere, in denen das passiert ist, genau in den Blick nehmen. Alle Forscherinnen und Forscher – da sollten Sie lieber auch mal Gewaltforscher, Psychologen, Soziologen als nur Herrn Mansour fragen – sagen: Armut, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit tragen zu solchen Situationen bei. Und wer jetzt sagt und vorwirft, das ist allein auf die Integrationsunwilligkeit der Menschen zurückzuführen, der erkennt, dass Integration eben keine Einbahnstraße ist. Wenn wir tatsächlich dort die Lage in den Kiezen verbessern wollen, müssen wir auch Teilhabe und Perspektive schaffen, damit die nicht nur Teil dieser Gesellschaft sind und werden können, sondern sich auch als solcher fühlen. Ich glaube, da wäre es wichtig, statt jetzt 4 Millionen Euro beispielsweise in Bodycams zu investieren, die in Projekte der Landeskommission gegen Gewalt, die ja auch bei der Innenverwaltung angesiedelt ist, zu stecken.

Zuletzt möchte ich sagen, dass die aktuelle Debatte eigentlich genau die gegenteilige Wirkung hatte, wie sie eigentlich hätte haben sollen: Sie hilft nicht bei Aufklärung und auch nicht bei Prävention, stattdessen manifestiert sie die rassistischen Ressentiments, die Vorurteile, Ausgrenzung, Stigmatisierung ganzer Bevölkerungsgruppen und sogar Stadtteile. Das hilft niemandem, deswegen lassen Sie uns tatsächlich die Ursachen aufklären und an echten Lösungen arbeiten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Franco! – Bevor Herr Schrader für die Fraktion Die Linke das Wort hat: Die Rednerinnenliste ist recht lang, und ich schlage vor, dass wir zwischendurch eine Pause machen, damit der Senat noch Stellung nehmen bezie-

ungsweise die Fragen beantworten kann; eigentlich kann man sagen, es hat sich mehr oder weniger hat der ganze Ausschuss zu Wort gemeldet. Jetzt hat Herr Schrader das Wort!

Niklas Schrader (LINKE): Danke, Frau Vorsitzende! – Erst mal schließe ich mich dem Dank und den Genesungswünschen an die verletzten Einsatzkräfte an. Auch ich muss sagen, mich hat die Entwicklung der Debatte sehr schockiert, sie ist mittlerweile sehr verengt auf bestimmte Orte, auf Migrationshintergründe. Insofern möchte ich ganz an den Anfang ein, zwei Nachfragen zu den Berichten stellen, die jetzt von dem Senat beziehungsweise von Polizei und Feuerwehr kamen. Können Sie bei dem, was Sie an Festnahmen oder an Vorfällen oder auch an den Zahlen der Ermittlungsverfahren festgestellt haben, festmachen, in welchen Ortsteilen das passiert ist? – Es ist ja so, dass wir mittlerweile fast nur noch über Neukölln, über die High-Deck-Siedlung diskutieren, aber es gab ja schließlich auch woanders Vorfälle, in Hohenschönhausen, Charlottenburg, Wedding, Treptow, Lichtenrade. Ich glaube, da sind auch sehr unterschiedliche Gruppierungen am Werk gewesen. Wenn man sich das differenziert angucken will, wollte ich fragen, ob es dafür eine empirische Grundlage gibt.

Aber vielleicht noch mal die Dinge, die jetzt diskutiert worden sind, der Reihe nach: Ich würde auch erst mal mit dem Böllerverbot anfangen. Es wurde behauptet, das ist ein Nebenschauplatz, hat mit dem eigentlichen Problem nichts zu tun. – Na ja, ich würde schon auch sagen, das kann ein sehr wichtiger Baustein sein, solche Entwicklungen ganz deutlich zu reduzieren. Wir haben das in der Coronazeit gesehen, da gab es an Silvester eine reduzierte Verbreitung von Sprengmitteln, das hat schon zu einer deutlichen Beruhigung der Lage beigetragen. Es ist auch aus meiner Sicht viel sinnvoller, dass an dem Verkauf festzumachen, also das ganze Zeug gar nicht erst in Umlauf zu bringen, als dann hinterher mit repressiven, polizeilichen Mitteln zu versuchen, das Ganze wieder einzufangen oder am Ende die Brände zu löschen, die dadurch entstehen. Deswegen, glaube ich, ist es schon wichtig, beim Verkauf anzusetzen. Diese polizeilichen Verbotszonen können allenfalls ein Notnagel sein. Ich glaube nicht, dass das wirklich der richtige Weg ist, da die wirklich nur punktuell, örtlich sehr eng umsetzbar sind, auch kaum durchsetzbar, nur mit einem Riesenpersonalaufwand. Man verlagert das dann nur in andere Gebiete. Das, was jetzt auch von der CDU-Fraktion kam, dass man das alles weiterlaufen lässt, vielleicht nur ein, zwei Böllerverbotzonen mehr einrichtet, und damit kann man das Problem eindämmen – daran glaube ich nicht. Das ist weder praktisch noch handhabbar. Ein Zwischenmodell ist das, was Berlin im Bundesrat beantragt hat, nämlich die kommunale Möglichkeit, abzuweichen und ein eigenes Verbot zu verhängen, dann nicht mehr auf polizeirechtlicher Grundlage. Das wäre auch sinnvoll, aber auch nur zweite Lösung, denn wenn der Verkauf nicht reduziert wird, hat man das ganze Zeug natürlich trotzdem in Umlauf.

Schreckschusswaffen: Da sind wir uns, glaube ich, sehr einig, Frau Innensenatorin, ich würde Sie da sehr unterstützen. Wir haben allerdings auch – das ist nicht neu – zum Beispiel schon vor zwei Jahren, Silvester 2020, darüber diskutiert. Es sind jede Menge Schreckschusswaffen in Umlauf, die auch an Silvester eine Rolle spielen. Damals hat Innensenator Geisel schon eine Initiative zumindest angekündigt. Da wollte ich mal fragen: Was ist denn daraus geworden? Wie ist da der Stand? – Natürlich sollte man, wenn das steckengeblieben ist, noch mal die neue Initiative ergreifen. Aber ich finde, im Grunde braucht niemand eine Schreckschusswaffe, auch nicht mit Kleinem Waffenschein. Das kann man versuchen, um eine Mehrheit zu bekommen, aber niemand braucht eine Schreckschusswaffe. Da könnte man den Verkauf meines Erachtens auch gänzlich einstellen.

Dann kommen wir aber doch noch mal zu der Frage: Woher kommt denn die Gewalt, und was macht man damit? – Erst mal völlig unstrittig: Natürlich müssen Angriffe mit Silvesterfeuerwerk oder Ähnlichem bestraft werden, völlig klar, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Das passiert ja auch. Aber diese Legende weiterzustricken, dass in Berlin so etwas nicht passiert oder ewig verzögert wird, verschleppt wird, finde ich schon gefährlich. In einem Rechtsstaat muss einfach ordentlich ermittelt werden. Während einige jetzt noch über die Justizsenatorin spekulieren, wurde bei der Staatsanwaltschaft schon eine Abteilung eingerichtet, die das zentral bearbeitet. Da wird also beschleunigt gearbeitet. Ob man jetzt nach dem Neuköllner Modell oder nach anderen gesetzlich vorgesehenen beschleunigten Verfahren handeln kann, muss man von dem Einzelfall abhängig machen. Das ist natürlich nur bei einer einfachen Beweislage möglich, bei einfach gelagerten Fällen und nicht bei den richtig schweren Formen der Kriminalität. Das ist, glaube ich, bei vielen Fällen an Silvester nicht immer der Fall. Da muss man der Justiz schon die Möglichkeit geben, zu arbeiten, Beweise zu sammeln und zu ermitteln, damit das alles ordentlich rechtstaatlich abläuft. Das kann schon manchmal ein wenig Zeit dauern. Ich glaube, um nichts anderes ging es der Justizsenatorin. Ich finde, da sollte man mit so einer Unterstellung aufpassen, weil man am Ende schon in die Richtung kommt, dass man rechtstaatlich klar gesetzlich vorgegebene Verfahren, die alle ihren Sinn haben, infrage stellt.

Das Strafmaß, glaube ich, würde nicht zu weiterer Abschreckung führen. Wir haben seit 2017, da wurde das Strafmaß für Angriffe auf Einsatzkräfte einschließlich Feuerwehr ja deutlich erhöht, gesehen: Das hat nicht wirklich zu einer Abschreckung oder einer Reduzierung von Taten geführt. Das muss man auch einfach mal zur Kenntnis nehmen. Deswegen glaube ich auch nicht, dass ein weiteres Drehen an dieser Schraube hier noch Sinn machen würde.

Dann möchte ich noch einmal auf die Frage der Wut auf den Staat und Wut auf die Verhältnisse eingehen. – Ich glaube nicht, dass das, was wir gesehen haben, wirklich nur ein Ausdruck von Wut gegen die Polizei war. Das hat auch die Polizei getroffen, aber nicht nur. Es hat auch die Feuerwehr getroffen, aber es hat auch nichtstaatliche Einrichtungen oder so getroffen, wie beispielsweise einen Bus. Ich glaube schon, dass sich hier eine Wut auf gesellschaftliche Verhältnisse äußert, und was jetzt wirklich hochgefährlich ist, ist, wenn man dieses Problem ethnisiert und auf den Migrationshintergrund beschränkt. Ja, natürlich waren bei Vorfällen in Neukölln auch sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund dabei. Das ist doch kein Wunder; wenn das dort passiert, dann ist das im Grunde ja auch die Bevölkerungszusammensetzung. Aber das ist ja genauso auf der anderen Seite der Fall, dass sie dort auch Opfer von Straftaten waren, dass sie auch Einsatzkräfte waren, dass sie auch Ersthelfer waren, Menschen mit Migrationshintergrund, die waren da alle beteiligt. Insofern finde ich das hochgefährlich, was hier in der Debatte passiert ist. Unter den Festgenommenen waren verschiedenste Staatsangehörige: deutsche, syrische, türkische, französische, italienische, australische. Das klingt mir auch nicht nach einer homogenen Gruppe, bei der man jetzt irgendwie nur aufgrund des Migrationshintergrunds irgendwelche gezielten Maßnahmen ergreifen kann. Das muss man sich dann schon genau angucken. Darüber kann man natürlich reden, das verbietet einem keiner. Aber wenn man anfängt, den Migrationshintergrund als Ursache für diese Vorfälle zu bezeichnen, da fängt der Rassismus an. Das finde ich wirklich auch hochgefährlich, was die CDU-Fraktion hier gebracht hat, indem sie hier nach Vornamen der Tatverdächtigen mit deutscher Staatsangehörigkeit gefragt hat. Da spalten Sie, da grenzen Sie aus – wirklich! Auch die Aussage von Herrn Spahn, dass das, was an Silvester passiert war, eine Folge von unregelmäßiger Migration sei – da muss ich echt sagen: Liebe CDU, von der AfD-Fraktion

wäre nichts anderes zu erwarten gewesen, aber dass Sie das hier bringen! Wer so zündelt, wer das wirklich so reduziert, der braucht keine Brandmauer mehr nach rechts, der erledigt das Geschäft der AfD gleich selbst. Am Ende spielen Sie damit auch der AfD in die Hände, weil die Leute wählen dann nicht die CDU, sondern sie sagen: Aha, die AfD hat ja immer schon recht gehabt! –, dann wählen sie die AfD. Das wird am Ende dabei herauskommen, wenn Sie so weitermachen. Das müssen Sie sich schon vorwerfen lassen. Das werfe ich auch Ihrem Spitzenkandidaten Herrn Wegner vor, der das am Ende jetzt noch gerechtfertigt und auch noch bekräftigt hat.

Natürlich müssen wir bei Gruppen, die an Silvester gewalttätig geworden sind, darüber reden, wo das herkommt. Da müssen wir über soziale Lebenslagen sprechen, da können kulturelle Dinge natürlich eine Rolle spielen, aber da spielen natürlich auch die gesellschaftlichen Verhältnisse eine Rolle. Viele junge Menschen machen Erfahrungen mit Ausgrenzungen durch die Gesellschaft, soziale Ausgrenzungen, ökonomische Ausgrenzungen, und dazu gehört auch rassistische Ausgrenzung. Sie lernen von Anfang an: Ihr gehört eh nicht dazu, ihr werdet in eurem Leben nichts erreichen, auch wenn ihr die deutsche Staatsangehörigkeit habt. – Rechtfertigt das Gewalt? – Nein, natürlich nicht. Aber es kann zu Wut auf gesellschaftliche Verhältnisse beitragen, die sich dann an so einem Abend wie ein Ventil so äußert. Insofern ist das schon etwas, was wir differenziert und umfassend betrachten müssen. Diese gefährlichen Reduzierungen haben, glaube ich, katastrophale Auswirkungen.

Rassismus bei der Polizei: Ja, sollen wir das nicht mehr ansprechen? – Das will nicht wirklich in meinen Kopf. Soll eine Polizei, die nicht an sich arbeitet, um vielleicht diskriminierende Sprache abzustellen, mehr Respekt erlangen? Soll die weiter eine Sprache verwenden, die vielleicht Menschen verletzen kann? Das will mir nicht in den Kopf. Respekt erlangt man doch nicht so, Respekt erlangt man, wenn man an sich arbeitet und versucht, möglichst rechtsstaatlich und diskriminierungsfrei zu handeln. Da will mir nicht in den Kopf, warum wir Probleme, die es bei der Polizei gibt, nicht ansprechen sollen. Natürlich werden wir das weiter tun. Natürlich mit dem Ziel, dann auch polizeiliches Handeln zu verbessern, damit mehr Respekt entstehen kann. Da müssen Sie in Ihrem Kopf wirklich mal etwas umdrehen, Herr Balzer und Herr Jotzo.

Zum Schluss noch, das ist eigentlich nur ein Nebenthema, ein Wort zu Bodycams: Das hätte in der Silvesternacht wirklich keinen Unterschied gemacht. Wir haben dynamische Verhältnisse, es war dunkel, viele Menschen waren verummt. Ich glaube nicht, dass da die Beweissicherung wirklich gute Bedingungen gehabt hätte. Die Leute waren emotionalisiert, alkoholisiert. Es war hoch aufgeladen. Ich glaube nicht, dass das irgendeine Abschreckung gehabt hätte. Das ist wirklich ein Thema, das man jetzt natürlich versuchen kann, irgendwie für Dinge zu nutzen, die man schon längst gefordert hat, aber das ist ein anderes Thema. Darüber können wir uns unterhalten, wenn die Zeit gekommen ist, aber wir haben da in Berlin ein klares Verfahren, und es ist völlig klar, dass wir daran festhalten. Ich glaube, dieses Thema können wir jetzt erst mal unter Wahlkampf verbuchen, und wir machen das, was wir uns vorgenommen haben, nämlich die Evaluation. Und die Erfahrungen in anderen Bundesländern sind auch alles andere als durchweg positiv, die sind mehr als durchwachsen. Das müssen wir uns schon noch mal genauer angucken, ob das überhaupt die richtigen Auswirkungen hat, die man sich davon verspricht. – So viel vielleicht erst mal von mir. Danke!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank! – Frau Kapek hat als Nächste das Wort!

Antje Kapek (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich wünsche Ihnen als Allererstes ein gesundes neues Jahr und hoffe, dass das Ihnen auch allen zuteilwird. In diesem Zusammenhang hätte ich vorab eine Bitte an die Technik: Können Sie vielleicht einmal checken, ob hier wirklich 19 Grad sind? Denn ich bin nicht die einzige Person, die hier extrem friert. Es ist sehr kalt in diesem Plenarsaal. – So viel vielleicht zur Vorrede. Ansonsten möchte ich mich natürlich wie alle meine Vorredner den Genesungswünschen an alle, die in der Silvesternacht Schaden genommen haben, anschließen. Ich glaube, es gehört sich, dass wir das gemeinschaftlich als Innenausschuss und als Abgeordnete des Berliner Abgeordnetenhauses zum Ausdruck bringen.

Ich finde es auf der anderen Seite schwierig, dass wir nicht genau darüber reden, denn dieses Phänomen, diese Silvesternacht 2022/2023 ist kein singuläres Ereignis. Es ist nicht das erste Mal, dass es in dieser Form Angriffe auf Einsatzkräfte gab, und zwar nicht nur bei der Polizei, nicht nur bei der Feuerwehr, sondern auch auf Sanitäter und Sanitäterinnen, die wirklich nichts anderes wollen, als anderen Menschen, die in Not geraten sind, zu helfen. Wir können dieses Phänomen – ich möchte es fast nicht Phänomen nennen, sondern diese Unart – in unserer Gesellschaft seit Jahren beobachten. Ich habe in meiner bisherigen Funktion mir auch in jedem Jahr die Zahlen dazu angeguckt, deshalb: Überraschung! Es ist nichts, was nur an Silvester passiert, es ist etwas, was ich zum Beispiel auch am 1. Mai oder an anderen Großeventtagen verzeichnen kann. Insofern gibt es natürlich einen Konnex zwischen der gruppendynamischen Partystimmung und dem, was da passiert. Das ist natürlich mit nichts zu rechtfertigen, damit das hier noch einmal ganz deutlich gesagt wird, ich glaube aber, dass es keine Wutdebatte ist, sondern es ist tatsächlich ein Phänomen von, ich sage mal verharmlosend, irregeleiteten jüngeren Männern, die hier glauben, sich Dinge herausnehmen zu können, die meines Erachtens nach nicht nur nicht okay sind, sondern die tatsächlich sehr großen Schaden an unserer Demokratie und vor allem auch gegenüber den betroffenen Einsatzkräften zur Folge haben.

Aber, werte Opposition, über Maßnahmen, wie wir dem begegnen können, haben Sie so gut wie gar nicht gesprochen. Stattdessen haben wir Sätze gehört, wie: Ein Großteil von Menschen mit Migrationshintergrund seien ja auch wertvolle Bürger unserer Gesellschaft. – Allein ein solcher Satz – Entschuldigung! – lässt bei mir jedes Körperhaar aufstehen. Das ist allein eine solche Unterstellung, eine Ausgrenzung, dass man es sich erst mal verdienen muss, Teil dieser Gesellschaft zu sein. Das ist per se schon rassistisch.

Dass Sie diese Debatte führen, sollte Ihnen, ehrlich gesagt, nicht nur zu denken geben, sondern Sie sollten sich meines Erachtens dafür schämen. Sie ändert vor allem auch nichts an der Situation der betroffenen Einsatzkräfte. Die Frage, was das tut, ist doch der eigentliche Punkt. Ist es die Bodycam? Ich hätte hier ehrlicherweise auch sehr große Fragezeichen bis mehr. Aber das, was Herr Homrighausen und Frau Slowik nicht erst jetzt, sondern bereits seit Monaten sagen, nämlich, dass wir an das Dienstunfallrecht ranmüssen, dass wir vielleicht auch noch eine Aufklärungskampagne brauchen, dass Menschen wissen, dass es eine Straftat ist, Einsatz- und Rettungskräfte anzugreifen, ist meines Erachtens der richtige Weg.

Ganz ehrlich: Ich bin froh, dass es Mitglieder der CDU gibt, die sich für diesen Vorstoß – ich nenne ihn mal nur „Vornamengate“ – schämen. Ich glaube, dass Sie Ihrem Spitzenkandidaten einen Bärendienst damit erwiesen haben. Ein kleiner Hinweis: Manchmal ist es schlau, Politik von hinten zu denken. Sie hätten sich einmal die Frage stellen müssen: Was passiert denn, wenn die Antwort des Senats gewesen wäre: Die häufigsten Namen waren Mike, Jason, Kevin, Günther und Kai? Welche Schlussfolgerungen hätten Sie daraus gezogen? Welche politische, parlamentarische Initiative hätten Sie daraus abgeleitet, die auch nur einem einzigen Rettungssanitäter geholfen hätte? Ich würde mal sagen, Satz mit X: War wohl nix. – Jetzt wäre eine Entschuldigung angemessen.

Ich komme zu dem letzten Punkt, Böllerverbot: Ich sage es mal so: Die ganze Atmosphäre hätten wir hier nicht, man kann sich das in vielen anderen europäischen Städten und Staaten angucken. In Spanien werden um Mitternacht zwölf Weintrauben gegessen und mit jeder Weintraube äußert man einen Wunsch für das neue Jahr. Das ist eine friedliche, schöne Silvesterfeier. Nichts gegen Feuerwerk. Das kann man zentral organisieren, dann haben alle etwas davon. Aber Sprengstoff, Sprengkörper, Pyrotechnik gehören nicht in die Hände von Bürgern und schon gar nicht in die Hände von Kindern. Man kann sich jedes Jahr angucken, was dann im Unfallklinikum anlandet. Das ist meines Erachtens der beste Beweis dafür, dass wir großen Gesundheitsschaden nehmen, und deshalb brauchen wir nicht nur ein bundesweites Verkaufsverbot, was übrigens keine Nebendebatte ist – ich weiß gar nicht mehr, wer von Ihnen das gesagt hat, ich fürchte, Herr Balzer –, sondern 65 Prozent der Bundesbürger, und wir sprechen hier von der Bundesrepublik Deutschland mit 82 Millionen Einwohnern, sind für ein allgemeines Böller- und Verkaufsverbot. Aber wir können auch auf der Berliner Ebene etwas tun: Die Sprengstoffverordnung liegt meines Erachtens in der Zuständigkeit des LA-GeSo, wird jedes Jahr veröffentlicht. Hier kann ebenfalls geregelt werden, welche Sprengkörper überhaupt für den Einsatz erlaubt sind und welche nicht. Insofern haben wir sogar eine landespolitische Handhabe. Wenn wir den Mut haben, hier gemeinsam, gern auch mit der Opposition, diesen Weg zu gehen, dann würden wir einen wirklich realen Beitrag für mehr Sicherheit und Gesundheit in dieser Stadt leisten. Das sage ich noch mal am 9. Januar 2023: Ein gesundes neues Jahr! Das ist doch das, was wir uns wünschen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Kapek! – Wir haben zwar die Sitzungszeit verlängert, aber nur um maximal eine Stunde; damit Sie das alle noch im Blick haben. Ich bitte Sie alle noch mal um etwas Selbstdisziplin, was die Redezeit angeht. – Jetzt hat Herr Schreiber für die SPD-Fraktion das Wort.

Tom Schreiber (SPD): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will mit einer Nebenbemerkung beginnen und dann bei dem Wichtigen einsteigen. Es ist wichtig, dass man Quellen nennt, wenn man etwas öffentlich behauptet. Ich habe deutlich gesagt, dass ich empfinde,

dass die CDU und Herr Balzer insbesondere seine rechtspopulistische Maske fallen lassen hat. Ich kann es ganz klar begründen: Ein AfD-Abgeordneter hat 2019 im saarländischen Landtag aufgrund der Vorlage der saarländischen Polizei zum Thema Messerangriffe genau die Frage nach den Vornamen gestellt. Das ist alles nachlesbar. Dass Sie copy and paste bei der AfD-Fraktion im saarländischen Landtag machen, sagt ganz viel über Sie und Ihr Denken aus. – Das vielleicht mal vorausgeschickt.

Auf der anderen Seite, und das ist hier der wesentliche Kern, sollten wir uns alle darauf konzentrieren, was nicht nur rund um Silvester gelaufen ist, was Frau Polizeipräsidentin und Herr Landesbranddirektor hier deutlich gemacht haben, sondern dass es ganz klar um die Thematik der Angriffe gegen Menschen in Uniform in dieser Stadt geht, aber auch darüber hinaus, bundesweit. Ich finde, den Punkt muss man ganz klar setzen. Den Höhepunkt haben wir tatsächlich an Silvester erlebt, wir haben gerade von Herrn Homrighausen und Frau Slowik traurige Beispiele gehört. Das macht etwas mit Menschen, auch mit Menschen, die schon eine Weile dabei sind, die ein breites Kreuz haben und in der Vergangenheit viel Verständnis hatten, aber wo Ende und Schluss der Kante ist. Man muss einfach sagen, wir hatten 8 569 Übergriffe, Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte im letzten Jahr im Land Berlin bei der Polizei zu beklagen; wir haben das gleiche Phänomen im Bereich der Feuerwehr, über 128 Kräfte, im Rettungsdienst 113. Das spricht Bände und zieht sich letzten Endes durch wie ein roter Faden. Das heißt, wir haben einen Teil in dieser Gesellschaft, der enthemmt ist. Denen ist der Mensch in Uniform egal. Und wir alle gehen unter Umständen relativ schnell zur Tagesordnung über, wenn wir Pressemitteilungen lesen. Wenn ich heute lesen musste, dass ein STEMO der Berliner Feuerwehr in der letzten Nacht beschossen wurde, das bei einem Patienten war: Das ist unerträglich. Man muss wirklich fragen: Was ist bei den Menschen im Kopf nicht ganz normal und ganz dicht? –, um es auf den Punkt zu bringen.

Ich sage das deswegen, weil Silvester – die Bilder und das, was die Beamtinnen und Beamten vor Ort erlebt haben – gezeigt hat: Hier wird das staatliche Gewaltmonopol infrage gestellt, und das ist ein ganz entscheidender Punkt für unsere Gesellschaft, auch für die Politik und für die Institutionen. Das ist nicht hinnehmbar und nicht entschuldbar. All jene, die vor Ort eine Verantwortung getragen haben, altersunabhängig, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Das hat nicht nur etwas mit Strafe zu tun, das hat auch etwas mit Erziehung zu tun, das hat auch etwas mit Sozialverhalten zu tun. Das sind alles Dinge, die wir sehr wohl kennen. Berlin fängt nicht bei null an, das will ich auch sehr deutlich sagen. Ich will auf ein Interview – das trage ich jetzt nicht vor, keine Angst, Frau Vorsitzende – mit dem damaligen Polizeipräsidenten Dieter Glietsch aus dem Jahr 2007 verweisen, das kann man sich bei „Spiegel online“ angucken, der damals schon auf bestimmte Problembereiche hingewiesen hat. In vielen Bereichen waren wir ein Stück weit Vorreiter, beispielsweise bei der ganzen Frage, den täterorientierten Ansatz bei der Berliner Polizei zu schaffen, was etwas ist, mit dem die Berliner Polizei bis heute arbeitet, TOE-Ansatz, bis hin zum Thema Schwellentäter, Intensivtäter. Also, da fangen wir nicht bei null an. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Um das abzuschließen und dann noch zu Fragen zu kommen, ein Punkt vom Hauptpersonalrat, von den Gewerkschaften, von den Interessenvertretungen: Sie sind es im Kern leid, dass wir zwar nach solchen Ereignissen in den Medien und in der Öffentlichkeit darüber debattieren und vielleicht auch schnell Antworten gefunden werden wollen, aber hier geht es wirklich um den Kern, dass wir einen Dauerlauf, einen Marathon vor uns haben. Das heißt, wir müssen uns 365 Tage im Jahr darum kümmern und bemühen, dass die eingesetzten Beamtinnen und

Beamten, ich meine übrigens auch Menschen im Ordnungsamt und andere in den Behörden, die tagtäglich einen wichtigen Job leisten, vom Staat geschützt werden müssen.

Kollege Schrader hat darauf hingewiesen, auch das ist ein wichtiger Aspekt, und den dürfen wir nicht wegschieben: Es waren auch Menschen „mit Migrationshintergrund“ – in Anführungsstrichen – von Straftaten rund um Silvester betroffen, und auch Menschen mit Migrationshintergrund haben bei Bränden geholfen zu löschen und Menschen und Rettungskräfte zu unterstützen. Auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu, und es ist richtig, dass die Fakten auf den Tisch kommen müssen. Ich finde es gut, das begrüße ich sehr, dass der Leitende Oberstaatsanwalt Raupach heute in der „Berliner Zeitung“ deutlich gesagt hat, dass die Staatsanwaltschaft Berlin alles tun wird, um diese ganzen Strafanzeigen, Fälle und Ermittlungen trotz ihrer Arbeit zu priorisieren. Das ist ein wesentlicher Kern und ein wesentlicher Punkt. Ich will hier hinzufügen, dass wir auch bei den Maßnahmen nicht neu anfangen. Wir haben beispielsweise die Operative Gruppe Jugendgewalt. Ich weiß aus der Direktion 5 die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort arbeiten; die ist, ehrlich gesagt, kläglich, nicht weil sie schlecht sind, sondern weil sie viel zu wenige sind. Dort haben wir die ganzen Stellschrauben, wo wir ranmüssen, das heißt, den Basisdienst der Polizeiabschnitte in den Direktionen stärken, die Instrumente nicht nur schärfen, sondern auch personell so ausstatten, dass auch Arbeit vor Ort möglich ist und darüber hinaus schauen, was wir konkret beim Thema Gewaltprävention weiterhin tun können. Da fangen wir auch nicht bei null an. Herr Homrighausen hat zum Thema Brandschutzerziehung sehr deutlich gesagt, dass da ein wesentlicher Fokus hinzulegen ist.

Ich habe jetzt noch ein paar Fragen. Die werde ich in Teilen schriftlich nachreichen müssen, weil die nicht alle beantwortet werden können, aber ich will zu dem Einsatz selbst nachfragen. Ein paar Sachen sind schon weggefallen, weil Frau Slowik davon schon etwas beantwortet hat. Erstens würde ich gern wissen, warum man sich entschieden hat, dass die Direktion Einsatz diesen Einsatz nicht führt. Sie haben darauf hingewiesen, dass die LPD das im September entschieden hatte. Es muss ja einen Grund geben, warum man gesagt hat, dass es nicht wie am 1. Mai die Direktion Einsatz macht. – Das Zweite, was mich interessiert, ist: Ich glaube, das gibt es nur örtlich, aber warum gibt es keine Ermittlungsgruppe Silvester 2022/2023 berlinweit, die das zentraler zusammenfasst als örtlich? – Die dritte Frage ist: Warum hat man sich entschieden, dass die Alarmhundertschaften in der Direktion 5 allein vor Ort führen und nicht eine Einsatzhundertschaft selbst?

Sie hatten angesprochen, und ich komme auch gleich darauf zurück, dass Social Media im Nachgang zu den Straftaten eine Rolle spielt. Das ist total richtig und wichtig. Ich hoffe sehr, dass wir noch viel mehr Leute identifizieren und die zur Verantwortung gezogen werden, aber die Frage ist natürlich, was man im Vorfeld bei der Lagebewertung und -einschätzung gemacht hat. Da komme ich zu einem ganz zentralen Punkt: Bei der ganzen Beurteilung der Lage – Auftrag, Raum, Einweisung in die Örtlichkeit, Lagefeldstörer, Lagefeldkräfte und so weiter – baut man die Struktur von unten nach oben auf. Wenn man da Webfehler macht, hat das Ausfluss auf den ganzen Einsatz. Das ist leider in der Realität so, und im Nachgang sind wir alle schlauer, auch die, die nicht Polizistinnen und Polizisten sind. Aber ich frage mich schon, und das ist auffällig gewesen, wieso man es sich zutraut, an Silvester schlichtweg Hundertschaften und andere nicht in den Dienst zu nehmen. Man musste doch wissen, dass nach Corona eine andere Situation eintreten kann und wird. Wir wissen alle, dass in der Direktion 5 seit Monaten Probleme in den Brennpunktkiezen und anderen Bereichen sind. Wenn man verfolgt, dass in Social Media möglicherweise schon im Vorfeld darauf hingewiesen

wurde, dass es dort Probleme geben kann, dann frage ich mich, warum diese Erkenntnisse nicht in die ganze Lagebewertung, in die Kräftesteuerung und in die Frage, wer etwas führt, eingeflossen sind. Dass dann nur eine Direktion führt, Direktion 1, ich will denen nichts unterstellen, aber die vielleicht Großlagen nicht permanent macht und schon gar nicht Silvester, ist eine Frage, die man sehr wohl beantworten kann und genauso das, was die Bundespolizei mit den 400 Kräften betrifft. Auch da muss man schlichtweg wissen: Die stehen eigentlich nur da, um die Bahnhöfe zu bewachen oder bestimmte Objekte zu schützen. Sie hatten auch darauf hingewiesen und es ist schlichtweg so, das galt für die Feuerwehr insgesamt: Dieses In-den-Hinterhalt-Locken, vielleicht auch fingierte Notrufe zu machen, um Funkwagen abzufassen, dass Beamte in der Wutzkyallee oder anderswo über eine Stunde auf weitere Kräfte gewartet haben, macht auch etwas. Das ist eine Situation, die dynamisch ist und die man vielleicht nicht immer vorhersehen kann. Dazu habe ich die Frage: Wieso kam es genau so zu dieser Kräftesteuerung?

Ich will einen Punkt hier auch noch aufgreifen: Wird es im Nachgang, wenn klar wird, dass es hier womöglich schwerwiegende Fehler gab, Konsequenzen haben für Polizeiführerinnen und Polizeiführer in der Funktion? – Eines ist, glaube ich, wichtig, das diskutieren wir bei ganz vielen Themen, nämlich die Fehlerkultur in der Politik, in Behörden und bei vielen Anlässen. Wir sollten da alle gut vorangehen und womöglich auch Fehler eingestehen; wenn man mitbekommt, was diskutiert wird und wurde, bekomme ich aber eher den Eindruck, dass man vielleicht über ein paar Fehler hinwegschaut. Es gab ein Zitat in der „B. Z.“ von irgendjemandem aus der Polizei, der sagte: Im Kern lief das alles ganz gut. – Ich weiß es nicht. Sie haben es vorhin angesprochen, Herr Homrighausen und Frau Slowik: Das macht etwas mit Menschen und mit der Seele. Wenn ich mir vorstelle: Das sind Beamte, die schon eine Weile dabei sind, es sind auch junge Beamte, die so etwas erleben, dann macht das was, und das macht dauerhaft etwas. Deswegen: Wenn Sie die Fragen hier nicht alle beantworten können, würde ich sie gern noch mal schriftlich nachreichen, aber ich glaube, es ist wichtig für eine Analyse in Teilen, nicht nur im Bereich der Polizei und Feuerwehr und in einer Debatte, die wir vielleicht noch später führen werden, wie wir mit solchen Situationen umgehen.

Ich will als letzten Punkt deutlich machen, dass wir politisch aufpassen müssen, dass wir die Behörden und Strukturen nicht überfordern. Bei den Rufen nach neuen Wachen, nach neuen Aufgabefeldern ist auch ein wesentlicher Punkt: Politik darf Behörden nicht überfrachten mit Dingen, die sie im täglichen Dienst, in der täglichen Lage gar nicht umsetzen können. Das ist ein wesentlicher Punkt. Wenn man das macht, muss man das sachgerecht und seriös diskutieren. Wir haben jetzt zwar Wahlkampf, okay, aber auf der anderen Seite ist es sehr wichtig, eine Grundlinie reinzubekommen, damit Polizei und Feuerwehr nach einer Ursachenanalyse gestärkt hier rausgehen und damit wir einen wichtigen Punkt setzen für die nächsten Wochen und Monate. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Schreiber! – Als Information: Wir haben im Raum 19 Grad. Das haben wir noch mal geprüft. – Als Nächster hat Herr Woldeit für die AfD-Fraktion das Wort.

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Eine hochinteressante Debatte, ein Stück weit auch erwartbar, muss ich sagen. Lassen Sie mich vorab allen verletzten Einsatzkräften mein Mitgefühl aussprechen. Es ist unerträglich. Wenn ich mir einfach nur die eigene Vorstellung gebe: Ein Mitarbeiter der Berliner Feuerwehr, ein Mitarbeiter des Ret-

tungsdienstes hat gedanklich schon vor Augen, welche Verletzungen er sehen und behandeln muss. Er will helfen, und dann wird er in einen Hinterhalt gelockt, in eine flammende Barrikade hinein, und dann wird der RTW mit Pyrotechnik beschossen – Herr Dr. Homrighausen, Sie sagten, das macht was mit Menschen. Ich will mir gar nicht vorstellen, was es wirklich mit Menschen macht, wenn man mit einem guten Gefühl, Menschen zu helfen, irgendwohin fährt und dann Opfer von schwersten Straftaten wird. Ich vergleiche das mal mit Soldaten: Wenn ich in einen Einsatz gehe, weiß ich, womit ich rechne. Dort ist nun mal Gewalt, dort ist Krieg. Aber es ist etwas anderes, wenn man ein Helfer vor Ort im Zivilen ist und dann Opfer von so massiver Gewalt wird. Das muss eindeutig angesprochen werden, und ich wünsche mir, dass das auch mit aller Härte bestraft wird. Aber erlauben Sie mir, dass ich diese Hoffnung nur ganz gering spüre, weil ich nicht denke, dass wir hier eine konsequente Strafverfolgung haben. Das sagt mir mein Bauchgefühl, das kann ich nicht verifizieren. Wissen Sie, warum mir das mein Bauchgefühl sagt? – Weil wir in Teilen der Debatte sehen, dass man diesen riesengroßen Elefanten, der hier im Raum steht, teilweise gar nicht sehen möchte. Auch verschiedene Maßnahmen, die angesprochen werden, werden seitens der Koalition sehr missverständlich interpretiert; die Frage nach den Bodycams, Dashcams. Frau Senatorin, die CDU-Fraktion und meine Fraktion haben für die kommende Plenarsitzung übrigens genau zu Dienstunfallrecht und Bodycams entsprechende Anträge eingebracht. Sie werden sie natürlich nicht übernehmen, das ist bekannt, das ist das parlamentarische Spiel, aber übernehmen Sie die Inhalte für eine Senatsvorlage, weil ich das für gut und richtig erachte. Das Thema Dienstunfallrecht ist ja auch kein neues.

Wenn ich mir dann weiterhin die Debatte ansehe, inwieweit wir an Symptomen versuchen zu arbeiten, reine Symptomatikbekämpfung machen: Natürlich ist es wichtig, dass unsere Einsatzkräfte, unsere Polizisten Rettungs- und Schutzausrüstung haben, aber wir haben an dem einen Bild, das Sie angesprochen haben, gesehen: Eine auf die Schutzweste aufgesetzte Schreckschusswaffe hat ein Riesenloch am Rücken verursacht. Das bringt relativ wenig. – [Vasili Franco (GRÜNE): Man könnte auch die Waffe verbieten!] – Ja, „wir verschärfen das Waffenrecht“ ist eine Debatte, die man führen kann, natürlich. Aber was sind das denn für Leute, die sich eine Schreckschusswaffe besorgen, die zum LKA gehen, einen Kleinen Waffenschein beantragen, sich mit rechtsstaatlichen Dingen diese Waffe zum subjektiven Schutzgefühl besorgen? – Das sind Leute, die sich an Recht und Gesetz halten. Vor denen habe ich keine Angst, ich glaube, keiner hier im Parlament. Aber was sind das für Leute, die mit Signalpistolen in Feuerwehrfahrzeuge und Busse hineinschießen? Sind die vorher zum LKA gegangen und haben sich einen Kleinen Waffenschein besorgt? Machen die eine Sachkundeprüfung, wie es neuerdings gefordert ist? – Die finde ich übrigens gut. Eine Sachkundeprüfung im Umgang mit Waffen ist mitunter eine sehr vernünftige Debatte, die geführt wird. – Nein, diese Leute bewegen sich auf ganz anderem Terrain. Die besorgen sich diese Schreckschusswaffen und Signalpistolen in irgendwelchen Hinterhöfen auf dem Schwarzmarkt. Da kommen wir auch nicht dran. Selbst wenn wir eine Verschärfung des Waffenrechts fordern: Diese Klientel ist immer in der Lage, sich Waffen zu besorgen. Das sehen wir auch bei scharfen Schusswaffen. Es ist übrigens im Allgemeinen bekannt, dass es verboten ist, mit Pyrotechnik und mit Schreckschusswaffen – illegale Schreckschusswaffen sind ohnehin verboten –, Menschen anzugreifen. Das war verboten, das ist verboten, da kann es gar keine zwei Meinungen geben. Das sind auch keine gruppenspezifischen Prozesse. Leute, die so etwas machen, sind – da wollte mir Herr Schrader zu dieser Debatte schon 2018 das Wort verbieten – für mich asoziale Menschen. Sie sind asozial, weil sie mit einer Art und Weise – – [Vasili Franco (GRÜNE): Ja, weil das Nazisprech ist!] – Dann hat der Regierende Bürgermeister Müller

auch Nazispöch formuliert, Herr Kollege Franco. Es sind asoziale Menschen. Sie verhalten sich nicht sozial in unserem Spektrum hier. Das ist so. Da werde ich mir von Ihnen nicht den Mund verbieten lassen.

Ich komme zu Ihnen und zu Herrn Schrader: Was schaffen Sie für ein Umfeld für unsere Sicherheits- und Rettungskräfte? Was schaffen Sie für ein Umfeld mit Ihrer ständigen Rassismuskeule, die Sie immer hier reinwerfen, sogar heute mit dieser Uraltdebatte, mit diesem angeblichen Chat, der ganz schlimme Dinge beinhalten sollte, wo wir heute gehört haben, dass es nicht ein einziges Ermittlungsverfahren gab, nicht eines? – Aber Sie haben wieder das Thema, Sie bringen es wieder rein. Wir haben eine Studie, wo ganz klar drinsteht: Es gibt keinen strukturellen Rassismus in der Polizei. Es gibt gar keinen Rassismus in der Polizei, null. Aber Sie bringen es immer wieder, und Sie gießen es sogar in Gesetze, im Rahmen des Landesantidiskriminierungsgesetzes zum Beispiel. Ein Landesantidiskriminierungsgesetz gibt es nur im Land Berlin. Das braucht kein Mensch. Das gibt es in keinem anderen Bundesland. Was bringt es? Unterhalten Sie sich doch mal mit den Leuten! Machen Sie das doch mal, wie Kollege Schreiber und ich das machen, dass Sie wirklich mit den Polizisten reden. Das machen Sie gar nicht. Sie suchen nicht mal das Gespräch. Nein, das machen Sie nicht. Ich habe es erlebt, als wir noch die Runde im Rahmen der politischen Bildung mit dem Polizeischülern hatten. Herr Schrader war, glaube ich, einmal da. Dann gab es Feuer, gerade in Bezug auf die linksextreme Szene, und Herr Schrader war nicht mehr vor Ort. Sie reden mit den Leuten nicht, und deswegen sind Sie viel zu weit weg von der Realität.

Herr Kollege Balzer hat es angesprochen, ich glaube, heute Morgen im Inforadio: Er hat mit Feuerwehrleuten gesprochen. Er hat sich unmittelbar von der Lage ein Bild geben lassen, und wenn das ein Bild ist, dass wir zu größten Teilen ein Problem mit Menschen mit Migrationshintergrund und Ausländern haben, die genau diese Straftaten verüben, dann müssen wir darüber sprechen. Herr Jotzo hat es angesprochen: Wer ist denn am meisten davon betroffen, dass so eine Debatte in Richtung #migrantengewalt bei Twitter aufplopt und trendet? – Menschen mit Migrationshintergrund selbst. Wir haben ganz viele vernünftige Leistungsträger, die Migrationshintergrund haben und die das auch verurteilen, natürlich, aber wenn wir das andere Thema nicht anpacken, und es ist wirklich alt – – Kollege Schreiber hat gerade den „Spiegel“-Artikel von Glietsch von vor 15 Jahren herausgeholt. Bereits 2002 hat ein damaliger Kriminaloberberater Henninger, der ist jetzt, glaube ich, Polizeidirektor, einen Bericht geschrieben, da ging es um die Phänomenologie der Ausländerkriminalität im Rahmen der Mhallamiye-Kurden, 2002. Das war genau der Scheitelpunkt, wo die Clankriminalität weiter und weiter gestiegen ist und wir immer wieder die Augen davor verschlossen haben. Ich war damals im Landesvorstand der Jungen Union – wir hatten eine Beratung in der Klingelhöferstraße, ich weiß es noch –, und wir haben damals schon gesehen, dass man dort die Augen verschließt. Das ist der falsche Weg, und das machen Sie seit Jahren. Welche Konsequenzen resultieren daraus? – Wir haben jetzt eine Sprachregelung für die Berliner Polizei. Das sind alles die falschen Ansatzpunkte.

Noch mal zu Ihren immer wiederkehrenden Verbotsdebatten: Inwieweit hilft ein Böllerverbot, wenn jemand Pflastersteine, Molotowcocktails oder Feuerlöscher auf Rettungswagen wirft? – Gar nicht, null. Wenn man Böllerverbotzonen einrichtet, kann man damit Erfolge haben; allerdings habe ich gleichzeitig den Verdrängungseffekt. Wir hatten das Thema 2018. – [Zurufe von den GRÜNEN] –

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Verzeihung, Herr Woldeit, eine ganz kleine Unterbrechung! – Es hat immer noch Herr Woldeit das Wort. Vielen Dank!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Aber ich kenne das; ich bin mittlerweile seit sechs Jahren leidgeprüft, aber trotzdem danke für Ihre Unterstützung! – In der Pallasstraße hatten wir 2018 das Böllerverbot, und ich glaube, zehn Meter daneben, ich war dort, wurde ein gesamter Spielplatz weggesprengt – dort war keine Böllerverbotzone. Dann sehen wir wiederum eine temporäre Symptombekämpfung und nichts, was wirklich schlussendlich konkret hilft. Es gibt dementsprechend Verdrängungseffekte, Ausweicheffekte. Das sind alles Tatsachen, die wir sehen müssen.

Wir brauchen Maßnahmen, aber wir brauchen vor allen Dingen eines: Wir brauchen den Mut zur Wahrheit. Das Thema Vornamen wurde auch schon angesprochen. Ich kann Sie beruhigen, Herr Franco, ich kann Ihnen Ihre Vorurteilsnahme schon mal nehmen: Wir haben bereits am 2. Januar eine Schriftliche Anfrage genau zu dem Thema eingereicht. Ich wünsche mir, dass wir dort eine schöne Transparenz haben, nichts anderes. Wissen Sie eigentlich, dass Sie ein Stück weit rassistische Ressentiments schüren in dem Augenblick, da Sie die Vornamen nicht wissen wollen? Das ist eine ganz interessante Geschichte. Versuchen Sie mal die geistige Transferleistung umzukehren, dass das eigentlich von Ihnen Rassismus ist, bei den deutschen Staatsangehörigen nicht nachzufragen, wie sie heißen! Das ist eine interessante Konstellation.

Frau Senatorin, ich sagte es eingangs: Wir haben interessante Anträge für das kommende Plenum, gerade was die Bereiche Bodycams, Dashcams und Dienstunfallrecht angeht. Das wäre mein Appell in dieser Stunde: Klarheit und Wahrheit benennen, hoffentlich eine konsequente Strafermittlung und auch Aburteilung. Es wäre auch interessant zu wissen, und das werde ich auch in einer Schriftlichen Anfrage noch formulieren: Mich interessiert, welchen Aufenthaltsstatus die vorläufig festgenommenen Tatverdächtigen hatten, ob sie polizeibekannt waren, ob sie schon eine Strafermittlungsakte haben. Denn dann kann man auch eine andere Handhabe setzen, gerade was die Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft angeht. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Woldeit! – Als Nächsten haben wir Herrn Wansner. – Sie haben das Wort!

Kurt Wansner (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir sollten wieder zur Ernsthaftigkeit zurückkommen. Wir diskutieren hier wirklich brutalste Auseinandersetzungen in der Silvesternacht. Frau Polizeipräsidentin und Herr Landesbranddirektor, ich möchte Ihnen persönlich viel Glück dabei wünschen, Ihren Kollegen, die in dieser Nacht enorm viel aushalten mussten, was für viele hier gar nicht nachvollziehbar ist, weil sie sich gar nicht richtig damit beschäftigen – Diese Kolleginnen und Kollegen haben Frauen beziehungsweise Männer zu Hause. Sie mussten in dieser Nacht erleben, was draußen vor Ort geschehen ist. Sie hatten Ängste um ihre Mütter und Väter, die draußen mehr oder weniger sehr massiv angegriffen wurden. Das ist doch das Thema, das wir heute haben, Herr Schreiber. Herr Franco, damit muss man sich doch mal beschäftigen; auf Menschen wird geschossen, und nicht nur das. Wenn Sie im Internet gesehen haben, wie sich die Rakete im Helm dieses Mannes verklemmt hat, und wenn Sie darüber nachdenken, welche Gesichts- oder Hautschäden er davon haben wird – das sind doch Dinge, die für uns wichtig sind.

Frau Innensenatorin, das sollte auch bei Ihnen zu Nachdenken führen, welche Dinge man im Vorfeld noch besser machen könnte. Denn es ist doch nicht das erste Mal, dass wir das erleben. Wir haben oft genug im Innenausschuss diskutiert, wenn Polizeibeamte in irgendwelchen Bereichen irgendjemanden festgenommen haben, dass Fahrzeuge auf sie angesetzt wurden, dass man versucht hat, Polizeibeamte zu überfahren. All das ist doch kein Geheimnis.

Weil Sie hier wieder so tun, als ob alles rechts ist, will ich Ihnen mal eine Äußerung der Bundesinnenministerin vorlesen. Ich zitiere:

Die Silvester-Krawalle werfen nach Ansicht von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein Schlaglicht auf das Problem der gescheiterten Integration von Migranten. „Wir haben in deutschen Großstädten ein großes Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund, die unseren Staat verachten, Gewalttaten begehen und mit Bildungs- und Integrationsprogrammen kaum erreicht werden.“

Das sind nicht Aussagen der CDU oder von sonst wem. Das ist immerhin die Aussage der Innenministerin; das ist dann sicher sehr populistisch.

Frau Senatorin, so lange Sie mit Koalitionspartnern wie der Linkspartei zusammen sind, die in Kreuzberg auf der Oranienstraße auf dem Oranienplatz ein Denkmal gegen Polizeigewalt aufstellen, und Herr Koçak, der heute ein bisschen ruhig ist, dort eine feurige Rede hält, wo Anwohner vor Schreck fast aus ihren Fenstern gefallen sind – [Lachen von Vasili Franco (GRÜNE)] – Sie können darüber lachen! –, gemeinsam mit Schwarzafrikanern, die Drogenhändler sind, ist das für eine Innensenatorin ein großes Problem. Wir haben hier, lieber Herr Franco, eine sehr fantastische Diskussion über eine syrische Familie geführt, die von Polizeibeamten aufgesucht wurde und wo es angeblich zur Eskalation gekommen ist und wo Sie dem Polizeibeamten vorgeworfen haben, er hätte ihnen gesagt, in Deutschland müsse man sich an unsere Gesetze halten. Auch da hat, liebe Frau Innensenatorin, Ihr Staatssekretär gesagt: Solche Polizeibeamte wollen wir nicht. – Das ist natürlich eine interessante Diskussion. Aber auch da hat am nächsten Tag Ihre Innenministerin gesagt, so etwas erwartet sie sogar von Polizeibeamten, dass sie so etwas formulieren. Herr Franco, ein bisschen mehr Lernfähigkeit hätte ich Ihnen irgendwann mal zugetraut. Sie können sich hier nicht immer hinsetzen, sehr polemische Äußerungen loslassen, sich über andere Leute köstlich amüsieren und zum Schluss feststellen, dass Sie möglicherweise die falschen politischen Ansätze haben. Sie sollten ohne Weiteres mal überlegen. – Deshalb, Frau Innensenatorin, ist schon die Frage: Wie geht man mit diesen ständigen Hetzanwürfen gegen Polizeibeamte um? Dieses wirkt doch dann in einigen Bereichen, wo man sagt, wir, die Abgeordneten beziehungsweise die Politik, sind uns noch nicht mal einig, und dann gibt es diese problematischen Auseinandersetzungen.

Herr Franco, ich gebe Ihnen mal ein Wort. Sie hätten in der Silvesternacht in der Urbanstraße, Ecke Graefestraße sein sollen. Dann hätten Sie genau gesehen, welche Kreise auf Polizeibeamte losgegangen sind. – [Vasili Franco (GRÜNE): Tut mir leid, ich war bei der Polizei!] – Dann erkläre ich Ihnen das mal. Die, die die Opfer dort hätten bringen müssen, waren auch Menschen mit Migrationshintergrund. Es standen welche vor ihren Fahrzeugen, die beschädigt werden sollten. Es standen viele vor ihren Geschäften, weil sie Angst hatten, im nächsten Augenblick werden die Geschäfte geplündert. Es ist doch nicht so einfach, wie Sie es immer abtun: Die einen sind integrationsfeindlich, und wir sind die Guten. – Das kann man auf Dauer machen, aber es glaubt Ihnen irgendwann keiner mehr. Deshalb sind Ihre Angriffe gegen

meine Partei, die wirklich im Integrationsbereich, so, wie ich es empfinde, in den letzten Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet hat, völlig falsch.

Zur Linkspartei noch eine Bemerkung: Ich habe einen Kreisverband in Friedrichshain-Kreuzberg, in dem haben zwischenzeitlich 50 Prozent der Mitglieder Migrationshintergrund. Mit denen diskutieren wir tagtäglich über Dinge, die Sie schon lange nicht mehr verstehen. Sie haben sich in der Linkspartei doch abgekoppelt von den wahren Problemen Ihrer eigenen Partei. Sie sind doch selbst innerparteilich beide sehr umstritten. Es gibt zwischenzeitlich Teigungstendenzen in der Linkspartei deutschlandweit. Also, spielen Sie hier nicht den strammen Maxen. Das ist längst vorbei.

Noch mal, Frau Innensenatorin: Wenn es uns nicht gelingt, in dieser Stadt ein gleichberechtigtes Leben nebeneinander zu bekommen, wenn es uns nicht gelingt, in solche Quartiere reinzukommen, wo arabische Großfamilien zwischenzeitlich als eine Vorbildfunktion dastehen, wenn es uns nicht gelingt, die als Vorbilder abzulösen und den Menschen zu sagen: Dieser Staat ist euer Vorbild, und er tut für euch genauso viel wie für jeden anderen, wenn es uns nicht gelingt, mit gewissen Dingen Fuß zu fassen, dann werden sich diese Bereiche weiter verfestigen, Herr Franco, und dann werden wir hier noch über ganz andere Dinge diskutieren. Deshalb ist es wirklich überflüssig, diese gleichen Rituale zu vollziehen, die wir immer wieder haben. Die haben wir nach dem 1. Mai gehabt, da gab es immer die gleichen Diskussionen. Ich habe jetzt das Gefühl, nach dieser Silvesternacht möchten einige wieder das Gleiche abziehen. Deshalb: Wenn es uns nicht insgesamt irgendwann mal ernsthafter gelingt, mit dem Problem umzugehen und sich Ihre eigene Partei auch mal sehr drastisch damit beschäftigt – – Manchmal habe ich bei Ihnen das Gefühl, Sie sind die Letzte, die noch ein bisschen in den Bereichen nachdenkt. Ihr Fraktionsvorsitzender, lieber Herr Kollege Schreiber, ist doch schon ganz woanders.

Lassen Sie mich mit der Überlegung schließen, dass dieses Abgeordnetenhaus, dass sich möglicherweise die nächste Landesregierung mit den Problemen gerade im Integrationsbereich sachlich, fair, aber auch erfolgsorientiert bilden muss, denn sonst, lieber Herr Schreiber, werden Sie auch in Ihrer eigenen Partei nicht mehr ernst genommen. Passen Sie auf, dass Sie nicht irgendwann ganz schnell aussortiert werden, wie viele hervorragende Kollegen vor Ihnen. Ihr Fraktionsvorsitzender geht da sehr resolut vor.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Wansner! – Als Nächstes hat Herr Herrmann, weiter für die CDU-Fraktion, das Wort.

Alexander Herrmann (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch in meinem Namen und im Namen der CDU-Fraktion allen Einsatzkräften, die Silvester für uns im Einsatz waren und für uns am Ende leider den Kopf hinhalten mussten, herzlichen Dank und allen verletzten Einsatzkräften baldige Genesung!

Das vorangestellt, ist es aber eine Diskussion, die wir hier seit Jahren führen, und es ist, glaube ich, ein Problem dabei, dass heute wieder so getan wird: Das war ganz unvorhersehbar, das ist passiert, und das konnte keiner ahnen. – Wenn man sich die Schlagzeilen der letzten Jahre ansieht, ich habe mir mal die Mühe gemacht, die zusammenzusuchen: Silvesternacht 2017/2018: Pyroangriffe in Neukölln, Kiezinstanz Musik-Bading durch Feuer zerstört – und so weiter. Das geht so weiter: Silvesterbilanz: Angriffe haben eine neue Qualität erreicht –, 2018/2019: GdP sieht neue Dimension der Gewalt –, 2019/2020: Angriffe auf Silvester – und so weiter und so fort. Sie kennen das, und trotzdem haben Sie in diesem Jahr nicht dafür gesorgt, dass ausreichend Einsatzkräfte da waren. Das muss man analysieren.

Insofern finde ich es richtig, wenn die Polizeipräsidentin heute sagt, sie übernimmt dafür Verantwortung. Verantwortung aber dann bitte nicht nur wie Andreas Geisel, dass Sie jetzt ein bisschen mehr arbeiten, sondern Verantwortung im Sinne von: Es muss besser werden. – Verantwortung bedeutet dann auch, Kollege Schreiber hat es eben eingefordert, zu schauen: Wo sind die Fehler gewesen? Was müssen wir ändern? Warum gab es Nachalarmierung, anstatt alle Kräfte im Einsatz zu haben, um sofort an den Brennpunkten zu sein? Die Brennpunkte waren aus der Historie heraus erkennbar. Leider, das zeigt die heutige Debatte wieder, ist es auch das jedes Jahr aufs Neue: Die Politik lamentiert. Passiert ist wenig bis gar nichts. Das kritisiert der Landesfeuerwehrverband zu Recht in seinem Schreiben. Gerade, wenn man bedenkt, dass ein Drittel der Einsatzkräfte aus dem ehrenamtlichen Bereich kam – Herr Homrighausen hat es eben gesagt: Es waren allein 530 freiwillige Feuerwehrkräfte, Menschen, die das in ihrer Freizeit machen, die bewusst Silvester sagen: Ich bin nicht bei der Familie, ich bin nicht zu Hause, ich feiere nicht; ich stelle mich in den Dienst der Gesellschaft –, dann gibt es zu wenig, was im Vorfeld getan wird, um diese Kräfte zu schützen. Das muss sich ändern.

Insofern sind die Ansatzpunkte, die von der Senatorin genannt wurden, durchaus richtig. Gleichwohl war mir da wieder zu viel Verantwortung in allen Bereichen bis hin zum Bund. Nein, Berlin muss fragen: Was kann Berlin machen? – Dann ist es natürlich gut, wenn die Innensenatorin sagt: Ich werde, ich kann. – Wenn ich heute Ihre Noch-Koalitionspartner höre, glaube ich aber nicht, dass sich auch nur eines davon umsetzen lässt. Es ist im Wahlkampf sicherlich gut, nach Bodycams zu schreien. Sie haben eben sowohl von den Grünen als auch von den Linken gehört, dass das mit denen nicht zu machen ist, und das ist die Wahrheit, Frau Senatorin.

Dann ist es ein Stück weit lebensfremd, passt aber ins Bild der Grünen, das die Berlinerinnen und Berliner haben, wenn Kollegin Kapek hier lamentiert, ob es wirklich 19 Grad sind, weil sie friert. – Das ist die Temperatur in den Schulen, das ist die Temperatur in den Verwaltungen, das ist die Temperatur bei vielen Menschen zu Hause, Frau Kapek. Das ist schizophren. Wenn Sie dann anfangen, Sie wollen im Ergebnis eine Plakatkampagne, um die Mitarbeiter, die Einsatzkräfte zu schützen, wo darauf hingewiesen wird, dass man Einsatzkräfte nicht angreifen darf und schon gar nicht mit Böllern, dann ist das an Lebensfremdheit nicht zu überbieten. Wir brauchen keine Plakatkampagne, sondern wir brauchen ganz konkrete Maßnahmen. Das bedeutet auch: Wir müssen die Täter, die sich Silvester außerhalb der Gesellschaft

hinstellen, Einsatzkräfte angreifen, Menschen verletzen, Ladenbesitzer und andere schädigen, ganz schnell bestrafen. – Da kommen wir mit Plakaten nicht weiter. Menschen, die Feuerwehrleute und Polizeibeamte angreifen, kriegen Sie doch mit einem Plakat nicht erreicht. Denen ist das egal, weil die sich außerhalb unseres Rechtsstaats stellen, weil sie den Rechtsstaat verachten, und das muss man ehrlich analysieren.

Das gehört alles zur Fehlerkritik dazu. Das sollte am Anfang dieser Debatte stehen, aber Sie fangen jetzt schon an, die AfD-Fraktion mit Bauchgefühl, der Kollege Schrader „vermutet“ – das ist Quatsch. Wir brauchen eine ganz nüchterne Analyse, und die müssen wir stellen. Wir haben als CDU-Fraktion nicht nur diese eine Frage, die Sie hier immer wieder hoch- und runterreiten, gestellt, sondern wir haben 30 sehr komplexe und differenzierte Fragen gestellt, um eine Analyse betreiben zu können, die notwendig ist. Das sollte der Anfang sein, und nicht schon wieder politische Ausflüchte, um das Ganze anzugehen und am Ende nach dem eigenen politischen Gusto auszuschlachten, sondern analysieren und dann handeln. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Herrmann! – Zur Beantwortung der ganz vielen Fragen – Frau Senatorin Spranger. Ich würde jetzt noch diejenigen, die auf der Rednerliste stehen, danach zu Wort kommen lassen und die Redeliste dann schließen. Ich vermute, dass wir nicht bis 13 Uhr fertig werden, dennoch würde ich Sie bitten, sich kurz zuhalten. Wir machen diesen Tagesordnungspunkt zu Ende. – Frau Senatorin Spranger, bitte!

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Ganz herzlichen Dank! – Ich werde versuchen, das ein bisschen zusammenzuziehen, weil manche Sachen sehr ähnlich waren und ich eine Bewertung machen möchte. Die taktische Bewertung, die Einsatzvorbereitung, die Einsatzdurchführung, die Kräfteanforderungen, die Zuweisung sind standardgemäß Aufgaben der Berliner Polizei. Dazu wird Frau Slowik, die Polizeipräsidentin, Stellung nehmen und Antwort geben. Ich werde selbstverständlich danach eine Analyse gemeinsam mit der Polizei vornehmen.

Punkt eins, ein klares Maßnahmenpaket: Wir sprechen jetzt über Silvester. Das, was ich aber angesprochen habe, geht weit über Silvester hinaus; das ist schon von mir in dieser Wahlperiode angesprochen worden. Die Bodycams sind selbstverständlich für die Strafverfolgung richtig. Ich habe mich im Abschnitt Wedding direkt darüber mit der Polizei unterhalten, und die haben gesagt: Ja, wir brauchen es. Das ist eine Möglichkeit zum gegenseitigen Schutz. – Die sind sogar noch weiter gegangen und haben gesagt: Wir müssen das ASOG so anpassen – und das ist Berliner Recht –, dass wir auch die Möglichkeit zum Schutz haben, weil wir auch mehr Gewalt im Häuslichen haben, dass wir auch mehr Schutz in dieser Phase haben müssen. – Darüber müssen wir offen diskutieren. Das ist keine Sache, die ich jetzt erst angesprochen habe. Die Dashcams, zugegeben, habe ich neu. Das machen wir bei der Polizei, da wusste ich das. Das sind die Kameras, die vorn sind. Er hat gesagt: Völlig richtig! Ich brauche es auch für die Feuerwehr. – Also werden wir das machen. Das Gesetz ist schon so. Das kann ich jetzt schon machen.

Dienstunfallrecht: Sie haben das uns als Innenverwaltung gemeinsam mit Polizei und Feuerwehr zugeliefert. Das läuft schon eine Weile länger. Wir haben, Antje Kapek, das zurzeit beim Finanzsenator. Der Finanzsenator hat es vorliegen. Das heißt, da müssen wir bitte, weil das viel mit Geld zu tun hat, das ist völlig klar, dem Finanzsenator ein Zeichen geben, dass wir es sehr schnell brauchen. – Das ist das Nächste.

Zu Tasern sage ich jetzt nichts, das machen wir nächstes Mal. – [Niklas Schrader (LINKE): Fangen wir nicht noch damit an!] – Ja, ich weiß, sonst geht hier alles hoch. Aber das ist ein klares Maßnahmenpaket, das als Forderung an mich als Innensenatorin von Polizei und Feuerwehr gekommen ist, völlig klar. Wir müssen weg von dieser Debatte. Silvester ist das, was wir analysieren, aber letztendlich geht es um den Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen draußen an 365 Tagen, wenn sie für uns die Sicherheit in Berlin garantieren. Und natürlich: Klares Maßnahmenpaket, neuer Haushalt. Wir stehen kurz vor Haushaltsberatungen. Ich bitte dieses Hohe Haus sehr, mich auch dort zu unterstützen, so, wie es schon beim letzten Mal erfolgt ist. Da habe ich zum großen Teil den neuen Haushalt aufgestellt; nicht komplett, sondern habe übernommen, was mein Vorgänger, Andreas Geisel, an Schwerpunkten schon gesetzt hat, und wir haben dann noch – ich bin dem Hohen Haus dankbar! – mehr Personal, mehr Fahrzeuge und so weiter obendrauf gesetzt. Das kam alles finanziell hier aus dem Haus, aus den unterschiedlichsten Bereichen. Dafür meinen Dank.

Wir müssen uns auch den Basisdienst angucken, Tom Schreiber, die Unterstützung für die Abschnitte. Ja, das stimmt. Wir jetzt auch gemerkt, dass die Abschnitte immer wieder herangezogen werden, um Personal und so weiter – – Noch eine Sache: Das wird den einen oder anderen hier nicht erfreuen, den einen oder anderen aber doch: Ja, ich werde im Februar die Kotti-Wache eröffnen. Auch so etwas ist eine Sache, die ich nicht nur versprochen habe, sondern die ich auch mache.

Dann die nächsten Sachen, was wir mit Böllerverbotzonen und so weiter haben: Was hier überhaupt noch nicht angesprochen wurde, wo sich aber draußen die Jugendlichen festkleben und so weiter, wo wir einen Volksentscheid Klimaneutralität Berlin 2030 haben, ist natürlich der Feinstaub. Wenn man sich anschaut, wie viel Feinstaub allein in dieser Nacht durch Böller und so weiter in der Luft war, müssen wir auch mal darüber reden. Das ist hier nicht angesprochen worden, aber ich kann das mal ansprechen, weil mir das schon wichtig ist, denn das sind alles Ursachen, warum sich Leute nicht nur zum Klima bekennen, sondern wir als Land Berlin mache viel für das Klima. Wir schützen und, und, und. Wir machen viel in den Unternehmen und so weiter, ob das beispielsweise das Olympiastadion ist, ob das die Bäder-Betriebe sind. Das alles gehört auch dazu. Wir müssen natürlich auch darüber sprechen. Deshalb habe ich gesagt: Lassen Sie uns das Bundesrecht anschauen.

Noch eine Sache zur Klimadebatte, das hat Herr Homrighausen angesprochen: Wahrscheinlich müssen wir wirklich überlegen und uns mal Frankreich, Paris, und so weiter anschauen. Einzelne Bezirke sind zu mir gekommen und haben gesagt: Frau Spranger, wollen wir nicht so etwas vielleicht mal zusammen angehen, dass man in Bezirken nicht überall böllert, sondern – so wie in Frankreich beispielsweise, Paris macht das – einzelne Stellen haben, wo zentral eine Sache abgebrannt wird? – Ja, das bezahlt dann auch die Stadt, logisch. Aber, um das mal dagegenzusetzen, es kostet auch, wenn die BSR, die uns gehört, diese ganzen Sachen wieder wegräumt. Ich habe das auch gesagt: Ich setze mich mit den Bezirken hin. Das heißt, dass wir vielleicht über bestimmte Zonen reden, wo man dann nur böllert. Ob dass die Leute sind, die dort wohnen, oder ob das der Bezirk macht mit Unterstützung natürlich des Landes, müssen wir schauen. Darüber müssen wir reden. – Dann weiter: Ortsteile habe ich jetzt schon gesagt. Das werden Frau Slowik und Herr Homrighausen dann sagen.

Beim Verkauf ansetzen: Antje Kapek, das ist nicht das LAGeSo, sondern es ist das LAGetSi. Das ist dafür verantwortlich, nicht dass es sich jetzt festsetzt, das LAGeSo sei dafür zustän-

dig; sondern die Ordnungsbehörde ist das LAGetSi und SenIAS untersteht das Ganze. SenIAS hat auch die Bundesratsinitiative dazu gemacht. Wir werden mal gucken. Die Bundesratsinitiative schlummert da noch, aber die werden wir wieder angreifen.

Dann die Initiative von Senator Geisel, IMK, auch das wurde hier gefragt: Vor zwei Jahren, im Juni 2021, hat er das in der IMK, angesprochen, das Ergebnis jetzt vom BMI aufgearbeitet, Erwerb von Schreckschusswaffen. Das heißt, das wird jetzt aufgearbeitet. Das liegt anders als das vorher Genannte jetzt auf dem Tisch. Ich bin sehr gespannt, ob die Bundesinnenministerin das in der Bundesregierung zu durchbekommt, wie sie das möchte. Ich hoffe sehr, dass wir das gemeinsam als Initiative vom Parlament, vom Hohen Hause, rüberkriegen.

Wie gesagt, Bodycams und so weiter: Das müssen wir natürlich diskutieren, aber für mich ist es wichtig – [Kurt Wansner (CDU): Entscheiden!] – Ja, einen gewissen Teil kann ich allein entscheiden, und einen anderen Teil müssen wir im ASOG verändern. Ich brauche dann hier die Zustimmung, völlig klar. An mir wird es nicht liegen. Zur Strafverfolgung, glaube ich, ist das sehr wichtig. Was wir vielleicht noch mal diskutieren müssen – das müsste aber der Rechtsausschuss diskutieren – geht in Richtung dessen, was Herr Homrighausen gesagt hat: eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft. Auch darüber sollte man reden, aber das sollte der Rechtsausschuss sich mal vornehmen.

Dass ich dafür stehe, ein klares Maßnahmenpaket zu machen, ist klar. Ich hoffe, dass das hier vom Signal her auch klar angekommen ist. – Danke schön!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Zur weiteren Ergänzung Frau Dr. Slowik, bitte!

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich gehe der Reihe nach vor, so, wie ich es notiert habe und beginne mit Herrn Franco, der nach dem Verkauf von Schreckschusspistolen gefragt hat. Da dieser bisher über 18 Jahren völlig frei ist, haben wir nicht polizeilich beobachtet, wo genau, vor welchen Geschäften, Schlangen standen. Deswegen haben wir dazu keine Erkenntnisse gewonnen. Generell lässt sich aber sagen, und das ist in der Diskussion auch deutlich geworden: Schreckschusswaffen und der Einsatz sind für uns ein großes Problem. Diese schwere Verletzung des einen Kollegen ist nur ein wirklich schreckliches Beispiel dafür. Ich kann dem nur zustimmen und bin sehr glücklich über diese Initiative, das Waffenrecht anzugehen. Das ist für uns ein ganz zentraler Punkt.

Herr Schrader, Sie hatten nach Einsatzorten gefragt, wo Schwerpunkte waren oder ob es unterschiedliche Örtlichkeiten gab. – Man kann sagen, im Grunde waren drei Direktionen betroffen, fast gleichförmig: die Direktionen 5, 4 und 2. Wir haben natürlich darüber Auswertungen, und es gab an verschiedene Örtlichkeiten, auch auf der Straße des 17. Juni und Unter den Linden, Angriffe gegen die Polizei, weil sich dort sehr viele Menschen bewegt haben und dort eine hohe Drucksituation war. Also, wir haben eine Verteilung. – [Vasili Franco (GRÜNE): Touristen?] – Nicht nur Touristen; Berlinerinnen und Berliner, Touristinnen und Touristen, Menschen aus dem Umland. Viele Menschen, das war auch ein Punkt, den wir klar gesehen haben, hatte nicht erreicht, dass es kein Höhenfeuerwerk geben wird, dass es eine nicht einfach öffentlich zugängliche Veranstaltung am Brandenburger Tor ist. Viele haben damit gerechnet, dass doch auf der Straße des 17. Juni etwas stattfindet, und das hat auch dort zu einem massiven Aufkommen von Menschen geführt, das auch bewältigt werden musste.

Dann ganz kurz zu Herrn Schreiber, ob Direktion Einsatz oder nicht Direktion Einsatz: Bei 5 700 Versammlungen werden viele Großlagen von Direktionen geführt. Nicht alle werden von der Direktion Einsatz geführt. Die Querdenkerdemos wurden in großen Teilen immer wieder von der Direktion 2 oder anderen Direktionen geführt. Letztes Jahr hat den Silvester-einsatz die Direktion 4 geführt, Lollapalooza, manchmal ganz früher auch der 1. Mai. Es ist nicht immer die Direktion Einsatz. Wenn es dazu nähere Fragen gibt, steht sicherlich Herr Dessin bereit.

Warum diese Koordinierungsstelle in der Direktion 4 zur Aufarbeitung und Ermittlung, war Ihre Frage, und nicht eine berlinweite Ermittlungsgruppe? – Weil bereits die Arbeiten begonnen haben. Wir wollen schnell sein. Die Arbeiten haben begonnen in den Referaten K der Direktionen. Die haben die Ermittlungen aufgenommen, und die kennen ihre Intensivtäter. Die kennen aus ihrer Operativen Gruppe Jugendgewalt genau ihre Player aus dem täterorientierten Ansatz, den Sie gerade genannt haben; deswegen eine zentrale Steuerung über die Direktion 4, ein SPoC für die Staatsanwaltschaft, aber darunter müssen die arbeiten, die wirklich die Täter vor Ort kennen. Das ist zumindest die Denke dahinter.

Gefährdungsbewertung: Natürlich, Base ist immer Social Media. Social Media hatten wir im Vorfeld bestimmte Aufrufe an bestimmten Ecken des Kottbusser Damms entnommen. Darauf haben wir uns eingestellt. Es kam nicht weiter dazu, da hat sich wenig eingefunden, von dem, was dort aufgerufen wurde. Auch während der Nacht haben wir Gefahren, es gab weitere Aufrufe. Zumindest auf das, was wir im Netz gesehen haben, haben wir reagiert; da wurde aber nie wirklich eine Mobilisierung erkannt. Aber wir waren da, und es war im Vorfeld natürlich auch die Direktion 5 in eine Gefährdungsbewertung gebunden. Das ist das, was ich vorhin versucht habe, ganz kurz zu skizzieren. Das können wir gern noch mal vertiefen. Warum die Direktion und nicht die andere? – Sehen Sie es mir nach, als Polizeipräsidentin möchte ich solche Diskussionen eigentlich nicht führen, denn die Direktionsleitungen sind im Regelfall in der Lage, das umzusetzen. Gerade in der Direktion 1 – Sie sind Kenner der Polizei, Sie hören rein, Sie sehen rein, Sie sind oft dabei – gibt es als Stabsleiter jemanden, der langjährig in der Direktion Einsatz aktiv war. Da gibt es jemanden, der langjährig einen Schwerpunktabschnitt geführt hat, der sehr einsatzaffin war. Es gibt viele Gründe, warum die Direktion 1 sich durchaus empfohlen hat. Aber, wie gesagt, das sind Diskussionen, auf die ich mich gar nicht so gern einlassen würde.

Die Bundespolizei steht nicht nur am Bahnhof, sondern hat massiv unterstützt, auch Unter den Linden, um den Abstrom hinzubekommen und die Menschen etwas zu kanalisieren. Das ist immer so. Wir rufen die Bundespolizei dazu. Es gab schon vorher einen engen Austausch mit der zuständigen Kollegin dort, wie man sich verzahnt. Als die Situation voll wurde Unter den Linden – ich glaube, dort waren Sie auch – hat man natürlich die Bundespolizei zur Steuerung des Zustroms eingesetzt.

Bei mir sind 17 Minuten die maximale Unterstützungszeit, die wir gebraucht haben, aber da sind wir echt noch in der Auswertung; weil Sie vorhin von einer Stunde oder so sprachen. Da sind wir noch in der Auswertung.

Wenn ich das noch sagen darf: Ich habe auch allergrößten Respekt vor allen Einsatzkräften, und zwar überall. Es war für alle eine Maximalbelastung. Ich kann mich nicht diesen Betrachtungen anschließen: leidtragende Kolleginnen und Kollegen auf der Straße, und Menschen im

mittleren, gehobenen und im höheren Dienst in Stäben oder einsatzleitend, einsatzführend, einsatzplanend, die anders zu betrachten sind. Für mich waren alle unter einer maximalen Belastung und keiner plant oder führt Einsätze so, dass er irgendjemanden in Gefahr bringen möchte. Das ist mir für alle ganz wichtig zu sagen. Es gibt nicht eine Person, die das plant, es gibt immer ganze Stäbe, die das intensiv planen. – [Zuruf von Tom Schreiber (SPD)] – Zum Kräfteansatz hatte ich schon etwas ausgeführt. Soll ich noch mal ausführen?

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Bitte, keine Zwiegespräche! Wenn Sie eine Wortmeldung oder Nachfrage haben, melden Sie sich einfach. Dann bekommen Sie das Wort, aber Zwiegespräche ohne Mikro gehen nicht. – [Tom Schreiber (SPD): Mache ich schriftlich!] –

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin): Oder wir klären das sehr gern im Gespräch. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Gut! Vielen Dank! – Ich habe vernommen, dass Herr Dr. Homrighausen auch noch ergänzen möchte.

Dr. Karsten Homrighausen (Landesbranddirektor): Es ging noch um die Verortung der Angriffe und Übergriffe auf Feuerwehr- und Rettungskräfte; Frau Slowik hat es für die Polizei ausgeführt. Bezüglich der mir bis heute bekannt gemachten 69 Fälle gibt es bei den Fällen, die wir kennen, über die wir gesprochen haben, die den Medien zu entnehmen sind, in Neukölln sicherlich eine Häufung und auch eine Häufung in Kreuzberg. Es sind aber genauso andere Ortsteile mit dabei, die man so nicht vermutet, wie Charlottenburg mit drei gemeldeten Übergriffen oder Lichtenrade, was aus meiner Sicht eine ganz besondere Qualität abgebildet hat, denn dort wurden wir mit Eisenstangen bedroht. Auch das ist etwas, was mir so gemeldet wurde und eine völlig neue Dimension hat. – Das nur zur Örtlichkeit an der Stelle.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Gut! Vielen Dank, Herr Homrighausen! – Als Nächster hat Herr Dörstelmann das Wort. Das ging jetzt schneller als gedacht.

Florian Dörstelmann (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte mich zunächst ganz ausdrücklich dem umfassenden Dank an alle Einsatzkräfte anschließen. Frau Dr. Slowik hat es eben noch mal schön formuliert: In der Tat gilt es an viele zu denken. Ich muss eines mal ganz deutlich sagen: Ich bewundere den Mut und die Begeisterung, mit der diese Menschen ihren schwierigen Job für unsere Stadt erledigen. Das finde ich großartig. Deshalb finde ich diese Taten und diese Angriffe ganz besonders unerträglich. Ich denke, wir haben inzwischen schon eine sehr differenzierte Debatte führen können. Ich danke Kollegen Jotzo an der Stelle, dass er gezeigt hat, dass das auch von der Opposition her durchaus möglich ist.

Ich möchte mal auf ein paar Punkte eingehen, die jetzt in die Zukunft weisen werden. Frau Spranger hat es bereits sehr ausführlich und sehr präzise dargestellt: Tatsächlich gibt es unterschiedliche Zuständigkeiten, und man muss sich jetzt genau anschauen, wie das aufgeteilt ist, wer was zu tun hat, auch, wer welche Möglichkeiten hat, etwas zu tun. Ich glaube, das ist der Ansatz, um den es jetzt geht. Wir haben von der Polizei die Festnahmen gemeldet bekommen, das heißt, diese Zugriffe haben funktioniert. Jetzt wechselt ein Stück weit der Aufgabenbereich: Die Polizei hat ihre Arbeit gemacht oder leistet die weiteren Arbeiten, die notwendig sind, um den nächsten Schritt zu gehen, und der nächste Schritt ist natürlich die Verfolgung dieser Straftaten durch die Justiz. Das muss eine konsequente Verfolgung sein. Ich fand es

sehr interessant, Frau Innensenatorin, dass Sie eben auch noch mal gesagt haben, eine Schwerpunktabteilung der Staatsanwaltschaft könnte an der Stelle helfen. – In der Tat sollten wir darüber nachdenken. Das ist mal ein Fall, der eine solche Einrichtung rechtfertigen und vielleicht sogar gebieten kann aus Gründen der Effizienz, aber am Ende auch der Strafeffektivität. Das sollten wir ins Auge fassen, das sollten wir unbedingt weiterverfolgen. Wenn die Anklagen geschrieben sind – ich zweifle nicht daran, dass das demnächst erfolgen wird –, ist die Aufgabe, damit in der Justiz und vor den Gerichten umzugehen.

Das ist eine eigene Herausforderung – ich will das an der Stelle mal sagen –, weil wir da möglicherweise auch noch einen veränderten Bedarf erkennen werden. Tatsächlich haben wir es hier mit einer hohen Gewaltbereitschaft gegen Menschen, die anderen Menschen helfen, die andere Menschen schützen und die letztlich die staatliche Ordnung in einer solchen schwierigen Situation aufrechtzuerhalten haben, zu tun. Das ist kein Zustand, den man auch nur ansatzweise hinnehmen kann. Das staatliche Gewaltmonopol ist hier vorhin schon zu Recht angesprochen worden.

Wir müssen uns also überlegen, was wir schnell und effektiv tun können. Hier ist auch – ich glaube, von Herrn Kollegen Schrader – zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die Strafrahmen ja da sind. Ich sehe das genauso: Man muss jetzt keine Debatte darüber führen, dass das irgendwie exzessiv ausgeweitet wird. – Aber oft ist es eine Frage der Umsetzung und des Vollzugs. Da müssen wir vielleicht mal über Folgendes nachdenken: Es geht letztlich an dieser Stelle auch – ganz wichtig – um die Verteidigung der Rechtsordnung. Die Kräfte, die angegriffen wurden, sollen gerade diese durchsetzen. Es ist unerlässlich, dass sie das tun, weil es sonst zu einer exorbitanten Gefährdung von Dritten führt, und auch ihrer selbst. Deshalb wäre zu überlegen, um einen konkreten Vorschlag hier aus dem Plenum anzufügen, ob wir, da es sich um schwere Straftaten handelt – schwere gefährliche Körperverletzungen, schwerer Landfriedensbruch, Bedrohungen, aber natürlich auch immer § 113 und § 114 Strafgesetzbuch, Widerstand gegen und Angriff auf Vollstreckungsbeamte –, nicht hingehen und sagen: In diesem Falle ist die Verteidigung der Rechtsordnung in der Weise geboten, dass diese Strafen auch vollzogen werden. – Das sieht das Strafgesetzbuch in § 56 Absatz 3 ausdrücklich vor, und zwar auch unterhalb der Schwelle von zwei Jahren und auch unterhalb der Schwelle von einem Jahr, die ja zur Bewährung ausgesetzt werden können. Ist die Verteidigung der Rechtsordnung geboten, dann kann das nach Absatz 3 ab sechs Monaten einsetzen. Wenn wir § 113 und § 114 als Regelbeispiele in den § 56 Absatz 3 integrieren – beide haben einen besonders schweren Fall in dem jeweiligen Absatz 2 geregelt –, dann haben wir einen konkreten Schritt mit einer schnellen Maßnahme veranlasst, um hier eine signifikante Veränderung auch in der Wahrnehmung herbeizuführen. Ich glaube, das sollten wir tun.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank! – Als Nächster für die FDP-Fraktion Herr Jotzo, bitte!

Björn Matthias Jotzo (FDP): Vielen Dank! – Ich glaube, eines ist wichtig an der Stelle, und die Bitte richtet sich auch an die Innensenatorin: Sie haben heute noch mal viele Ansätze aufgezeigt, die wir gehen können. Es geht darum, dass wir diesen Menschen in den Quartieren Chancen vermitteln, und es geht darum, dass wir Fehlverhalten konsequent und schnell sanktionieren. Aber es kann nicht so sein, dass wir in vier Jahren wieder hier sitzen und wieder über dasselbe Problem sprechen. Ich glaube, es ist die Verantwortung dieser Regierung, dass wir dort vorankommen und uns nicht ständig repetitiv über dieselben Phantom- und Alibidiskussionen unterhalten, sondern es muss vorwärts gehen. Ich habe das, was Kollege Schreiber gesagt hat, zur Kenntnis genommen. Ich glaube, die Dinge müssen bei der Polizei an der einen oder anderen Stelle zum Nachdenken genommen werden. Was die FDP-Fraktion angeht, haben wir durchaus eine ausgestreckte Hand für jeden, der konstruktiv an einer solchen Verbesserung der Verhältnisse mitwirken will. Möglicherweise haben Sie, Frau Innensenatorin, einfach die falschen Koalitionspartner.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Jotzo! – Als Nächster für die Fraktion Die Linke Herr Koçak, bitte!

Ferat Koçak (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Verehrte Kolleginnen! Als Neuköllner Abgeordneter, aber auch als Neuköllner mit einer Migrationsgeschichte, die seit der Silvesternacht im Fokus einer rassistischen Integrationsdebatte steht, ist es mir besonders wichtig, heute meine Neuköllner Perspektive hier kurz einbringen zu können: Statt über die Probleme unseres so wunderschönen Neuköllns zu sprechen, stritten sich Politikerinnen auch hier aus unseren Reihen über vermeintlich ethnische Probleme von migrantischen Jugendlichen, zündeln damit ohne jegliche Grundlage mit rassistischen Ressentiments und schaffen damit den Nährboden für rechten und rassistischen Terror wie in Hanau. Ich möchte nur daran erinnern, dass nach so einer ähnlichen rassistischen Integrationsdebatte, ausgehend von den sogenannten bürgerlichen Parteien, Läden von Menschen mit Migrationsgeschichte in Neukölln mit Nazisymbolen und rassistischer Hetze markiert wurden, wie wir es aus den düstersten Zeiten unserer Geschichte kennen. Wir wissen auch, dass die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, aber auch die Morde in Mölln und Solingen auch die Folge einer rassistischen Migrationsdebatte der sogenannten bürgerlichen Parteien waren.

Angriffe auf Rettungskräfte sind durch nichts zu rechtfertigen, ebenso wenig wie Angriffe mit Feuerwerkskörpern auf Menschen oder Wohnungen. Dafür müssen wir Lösungen finden. Wer sich aber ernsthaft mit der Berichterstattung über die Silvesternacht beschäftigt, wird schnell feststellen, dass es sich bei den Ausbrüchen von Gewalt um ein deutschlandweites Problem handelt, das nicht auf Berlin beschränkt werden kann. Was besonders wichtig ist: Angriffe und Randalie haben andernorts in Deutschland im selben Ausmaß durch Menschen ohne Migrationsgeschichte auch stattgefunden, an einigen Orten erschreckenderweise mit „Sieg Heil“-Rufen. Mit unserer historischen Verantwortung müssen wir genau darüber mindestens mit derselben Motivation diskutieren: warum Menschen zu Silvester randalieren, Sicherheitskräfte angreifen und dabei „Sieg Heil“ rufen. Die Migrationsgeschichte erklärt das Verhalten also nicht.

Am Beispiel von Neukölln ist die desolate Lebenslage vieler Menschen in den betroffenen Stadtteilen entscheidend. Um ein sicheres und respektvolles Miteinander zu schaffen, braucht es echte Teilhabemöglichkeiten für alle. Armut im Bezirk, die Verdrängung, ständig steigende Mieten, Kitaplatzmangel, marode Schulen und Jugendeinrichtungen sowie der eklatante Personalmangel in allen Behörden müssen überwunden werden. Statt migrantische oder sozial benachteiligte Jugendliche zu stigmatisieren, brauchen wir einen entschiedenen Kampf gegen deren Perspektivlosigkeit und gegen den systemischen Rassismus, dem diese ständig ausgesetzt sind. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Koçak! – Dann für die CDU-Fraktion Herr Balzer, bitte!

Frank Balzer (CDU): Danke, Frau Vorsitzende! – Es ist eine Reihe von Fragen beantwortet worden, ein Teil der Fragen der CDU-Fraktion nicht, auch einige, die wesentlich sind. Das ist schade. Das ist nicht die Form der Zusammenarbeit, wie ich mir das vorstelle. Ich werde beziehungsweise meine Fraktion wird das noch schriftlich nachreichen, denn wir bleiben dabei: Es ist wichtig, dass tatsächlich alle Fakten auf den Tisch kommen. Ich habe begründet, warum wir gerade diese Fragen gestellt haben. Herr Schreiber hat das nicht verstanden oder vielleicht

nicht zugehört – [Zuruf von Tom Schreiber (SPD)] –, nicht zuhören können, das ist ja auch eine Frage von Konzentration und ein bisschen Anstand. – [Zuruf von Tom Schreiber (SPD)] – Ja, ich weiß, das tut alles weh, die Wahrheit, aber Sie müssen damit leben.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Bitte auch hier keine Zwiegespräche, sondern die Rednerinnen und Redner reden lassen!

Frank Balzer (CDU): Wir haben Dutzende Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr und der Polizei geführt. Sie haben uns unisono bestätigt, dass die Tätergruppe im Kreise der jungen Männer mit Migrationshintergrund vor allem aus dem arabischen Kulturkreis gekommen ist. Diese jungen Männer haben sich über Social Media geoutet. Sie haben selber kundgetan, was sie getan haben, dass es richtig ist, dass es ihre Straße ist und dass sie gewonnen haben. Das war der Grund nachzufragen, nachdem die Innenverwaltung gesagt hat, es sind alles Deutsche oder viele Deutsche, ob es dort einen Migrationshintergrund gibt. Denn wenn wir das Problem wirklich lösen wollen, müssen wir uns, ohne zu verallgemeinern, ohne Schaum vor dem Mund zu haben, nüchtern und sachlich damit auseinandersetzen, was wir besser machen können, nämlich das, was wir in den letzten Jahren oder ich sage sogar Jahrzehnten nicht erreicht haben, weil wir jedes Mal immer wieder merken, dass noch eine Schippe weiter draufgelegt wird. Von daher, glaube ich, müssen wir daran festhalten. – Herr Schreiber, Sie haben in Ihrem Beitrag vieles gesagt. Das meiste kann man vergessen, oder es ist schon in Vergessenheit geraten. Ein Satz war aber wirklich gut: Es müssen alle Fakten auf den Tisch. – In dem Sinne müssen alle Fakten auf den Tisch. Ich hoffe, wir kommen dann auch zu guten Lösungen. – [Tom Schreiber (SPD): Wo waren denn da Fakten? – Weitere Zurufe] –

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Balzer! – Ich weiß, wir sind schon längst über die Zeit, und alle sind unkonzentriert. An mir lag es nicht; es liegt an der interessanten Debatte und langen Redebeiträgen. Deshalb bitte ich Sie noch mal um ein paar Minuten Konzentration, damit wir die Sitzung würdig zu Ende bringen. – Herr Krestel für die FDP-Fraktion, bitte!

Holger Krestel (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Anwesende! Es zieht sich ja immer eine Weile hin, wenn man sich hier zu Wort meldet, bis man dann etwas sagen darf; vorausgesetzt, man redet nicht laufend dazwischen, wie mir das hier heute besonders bei den Vertretern der Koalition aufgefallen ist. – Mein Punkt wäre noch mal die hier gleich zu Beginn von Herrn Franco wieder eingeführte Verbotsdiskussion. Es ist doch klar, dass das Führen einer Schreckschusswaffe in der Öffentlichkeit nur mit dem entsprechenden Waffenschein rechtlich möglich ist. Und auch das Führen bedeutet noch lange nicht, dass man damit an Silvester – das gilt das ganze Jahr – auf der Straße herumfuchteln oder die Waffe einfach mal abfeuern darf, weil es gerade Spaß macht. Wir bewegen uns hier im strafrechtlichen Bereich. Wir haben hier kein Verbotproblem, wir haben, wie in quasi sämtlichen anderen Punkten, ein Durchsetzungsproblem bereits bestehender Gesetze. So ähnlich ist es auch bei den Verbotszonen, wo punktuelle Böllerverbote ausgesprochen wurden. In der Pallasstraße, in meinem Wahlbezirk in Schöneberg, konnte die Verbotszone, nach dem, was mir zugetragen wurde, ab einer bestimmten Uhrzeit überhaupt nicht mehr aufrechterhalten oder, wenn Sie so möchten, verteidigt werden, weil die entsprechenden Kräfte vor Ort nicht zur Verfügung standen. Die wurden woanders dringender benötigt. Der Staat, die Ordnungsbehörden und die

Strafverfolgungsbehörden machen sich doch lächerlich, wenn sie auf dem Papier bestimmte Gesetze haben, diese aber nicht durchsetzen.

Die Bodycams sind natürlich ein wichtiger Schritt, um notfalls auch im Dunkeln oder im Freien bestimmte Vorgänge erst mal festzuhalten. Frau Innensenatorin, Sie haben das vorhin ja richtig beschrieben: Die Beamten filmen sich gegenseitig, und man kann dann die Angriffe auf den anderen dokumentieren. Nur was haben wir davon, wenn wir hinterher die Bilder haben und die Täter weg sind? – Worüber bei diesen ganzen Diskussionen nicht gesprochen wurde, ist: Wir hatten früher in Berlin erhebliche Erfolge mit sogenannten Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten. Das waren in der Regel Beamte in Zivil, die sich unter den Mob gemischt haben und Menschen, die aus der Menge heraus Straftaten verübt haben, festgenommen und sich dann quasi verteidigt haben, bis sie durch geschlossene Einheiten entsetzt, also aus der Menge, wenn Sie so möchten, befreit wurden. Dabei geht es natürlich manchmal ein bisschen härter zur Sache, und da kommen Sie natürlich in Ihrer jetzt bestehenden Koalition ganz schnell an die Grenzen. Da gibt es dann nämlich gleich wieder das künstliche Geschrei von Polizeigewalt und strukturellem Rassismus, da ist einer umgeschubst worden, oder was weiß ich. Ich würde gerne mal wissen, wie Sie dies in Zukunft durchsetzen möchten und wie die Täter auch aus der Menge heraus festgenommen werden können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Krestel! – Als Nächster und Letzter für die heutige Rednerliste Herr Omar.

Jian Omar (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Mich haben ebenfalls die schrecklichen Bilder der Silvesternacht schockiert und fassungslos gemacht; fassungslos, dass Polizeibeamte, Feuerwehr- und Rettungskräfte angegriffen werden, also die Einsatzkräfte, die auf Neujahrsfeiern mit ihren Familien verzichten mussten, damit die Menschen in unserer Stadt gut und sicher durch die Silvesternacht kommen. Ich schließe mich deshalb auch dem mehrfach ausgesprochenen Dank an die Polizei, die Feuerwehr und die Rettungskräfte an und wünsche den Verletzten unter ihnen eine gute Besserung und schnelle Genesung.

Aber lassen Sie mich als Integrationspolitiker meiner Grünenfraktion auch auf die rassistischen Debatten eingehen, die entbrannt sind und die von der Opposition, von der CDU und der FDP, ebenfalls proaktiv befeuert wurden. Denn es schockiert mich und macht mich fassungslos, dass diese Situation so schamlos für parteipolitische Wahlkampfaktiken instrumentalisiert wird, um in Wahlkampfzeiten am rechten Rand zu fischen. Die CDU und die FDP ethnisieren die Krawalle der Silvesternacht und machen bewusst aus einem Innenthema eine Integrationsdebatte. Sie lassen dabei leider auch ihrem Rassismus freien Lauf. Das ist falsch und nicht zielführend. Lassen Sie mich als jemand mit Migrations- und Fluchthintergrund Ihnen sagen, dass genau diese Integrationspolitik und Polemik gegen migrantische Communities, die Sie seit Tagen und heute noch mal verdeutlicht haben, der Integration massiv schaden. Heute haben wir mehrfach gehört, dass die Leidtragenden der Krawalle in Neukölln mehrheitlich Menschen mit Migrationshintergrund sind, weil dort mehrheitlich Menschen mit Migrationshintergrund wohnen. Die sind genauso empört über diese Krawalle der Silvesternacht dort, werden jetzt aber zusätzlich von Ihnen stigmatisiert und unter Generalverdacht gestellt, weil sie möglicherweise die gleichen Vornamen tragen, wie die mutmaßlichen Täter der Silvesternacht. Klar für meine grüne Fraktion ist, dass alle Täterinnen und Täter der Silvesternacht zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden müssen, weil wir hier Gesetze haben, die harte Strafen für Angriffe auf Einsatzkräfte vorsehen, und zwar unabhängig von der

Herkunft, der Herkunft der Eltern oder der Hautfarbe. Alle in diesem Land haben sich an Recht und Gesetz zu halten.

Ich danke auch dem Landesbranddirektor, der diese Debatte sachlich auch in ihrem innenpolitischen Rahmen dargelegt hat und an uns, die Politik, appelliert hat, dass wir diese schreckliche Tradition der massenhaften chaotischen Böllergorgien auf unseren Straßen beenden. Lassen Sie uns die Einsatzkräfte dabei unterstützen und sie entlasten, anstatt Böller ohne Grenzen zu fordern und dann die Einsatzkräfte an die Front zu schicken, damit Sie Ihren Bölkerliberalismus in den sozialen Medien feiern können. Aus dem Thema eine Integrationsdebatte zu machen und die Gewalt gegen Einsatzkräfte auf eine ethnische Gruppe einzuschränken, verfehlt das Thema völlig. Wenn jemand hier nicht integriert und realitätsfern ist, sind Sie das mit Ihren Beiträgen, liebe CDU und FDP.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Omar! – Wünscht der Senat das Wort für eine erneute Stellungnahme beziehungsweise zur Beantwortung der Fragen? – Frau Spranger, bitte!

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Wenn es jetzt zu einer Nichtbeantwortung gekommen ist, dann können die Fragen selbstverständlich schriftlich gestellt werden. Das werde ich dann selbstverständlich beantworten. Ich hätte jetzt alle Fragen – Punkt 2, Punkt 5, Punkt 14, Punkt 15 – hier herunterrattern können. Das habe ich jetzt nicht getan. Sie kriegen, wenn Sie das möchten, selbstverständlich noch eine Antwort. Das ist doch völlig klar.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Dann möchte ich einmal anmerken: Wenn Sie Ihre Fragen schriftlich beantwortet haben wollen, müssen Sie eine schriftliche Anfrage einreichen. Sie müssen die Beantwortung der Fragen, die Sie für diesen Ausschuss eingereicht haben, noch mal schriftlich beantragen.

Damit sind wir fast am Ende der Sitzung. Ich schlage vor, dass wir diesen Tagesordnungspunkt vertagen und nicht abschließen, bis das Wortprotokoll vorliegt. – Ich sehe zustimmendes Nicken.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0165

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die
Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der
Ausübung öffentlicher Gewalt durch
Vollzugsbeamte des Landes Berlin –
sichere Rechtsgrundlage für den Einsatz von
Distanz-Elektroimpulsgeräten (Tasern)**

[0012](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0261

**Konsequenzen aus der DEVI-Studie: Kooperation
mit Islamisten beenden, Koranschulen kontrollieren
und radikale Moscheevereine verbieten**

[0034](#)

InnSichO

Vertagt.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Absatz 3 GO Abghs
**Wirksame Präventions- und Repressionskonzepte
gegen Klebe-Blockaden**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0062](#)

InnSichO

Vertagt.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Absatz 3 GO Abghs
**Kriminalität mit gemieteten Kraftfahrzeugen –
Welche Rolle spielen dubiose Autovermietungen und
was kann getan werden, um das
Vermietungsgewerbe vor „schwarzen Schafen,, zu
schützen?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0059](#)

InnSichO

Vertagt.

Punkt 8 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0609
**Bundratsinitiative zum Wahlrecht auf Landes-
und kommunaler Ebene für Drittstaatsangehörige
und Unionsbürger*innen**

[0066](#)

InnSichO(f)
IntArbSoz*
Recht*

Vertagt.

Punkt 9 (neu) der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 19/0618

**Einen Polizeiabschnitt für den Pankower Ortsteil
Buch**

[0067](#)

InnSichO

Haupt

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum Antrag der

AfD-Fraktion

Drucksache 19/0618-1

**Einen Polizeiabschnitt für den Pankower Ortsteil
Buch**

[0067-1](#)

InnSichO

Haupt

Vertagt.

Punkt 10 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *